

Die Gleichheit

Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen

Mit den Beilagen: Für unsere Mütter und Hausfrauen und Für unsere Kinder

Die Gleichheit erscheint alle vierzehn Tage einmal.
Preis der Nummer 10 Pfennig, durch die Post vierteljährlich
ohne Bestellgeld 35 Pfennig; unter Kreuzband 35 Pfennig.
Jahres-Abonnement 2,60 Mark.

Stuttgart
18. September 1912

Zuschriften an die Redaktion der Gleichheit
sind zu richten an Frau Clara Zeitlin (Zundel), Wilhelmshöhe,
Post Degerloch bei Stuttgart. Die Expedition befindet sich
in Stuttgart, Furrbach-Straße 12.

Inhaltsverzeichnis.

Zum bevorstehenden Parteitag der Sozialdemokratie. — Unsere Jugendarbeit. Von Mathilde Wurm. — Die Frau in der Industrie und Landwirtschaft Württembergs. Schlusskapitel. Von m. — Die Toten mahnen. Von sk.
Aus der Bewegung: Aus den Organisationen. — Jahresberichte der Genossinnen Leipzigs und des 16. sächsischen Reichstagswahlkreises. — Weibliche Delegierte zur Landesversammlung der Sozialdemokraten in Sachsen. — Jahresbericht der Kinderschulskommission Mannheims. — Politische Rundschau. Von H. B. — Gewerkschaftliche Rundschau. — Aus der Textilarbeiterbewegung. Von sk. — Genossenschaftliche Rundschau. Von H. F.
Notizenteil: Dienstofffrage. — Arbeitsbedingungen der Arbeiterinnen. — Sozialistische Frauenbewegung im Ausland. — Frauenstimmrecht. — Die Frau in öffentlichen Ämtern. — Verschiedenes.

Zum bevorstehenden Parteitag der Sozialdemokratie.

Es ist gewiß verlockend, die Situation, in der die deutsche Sozialdemokratie ihren diesjährigen großen Kriegsrat abhält, zuerst und vor allem in der bengalischen Beleuchtung des glänzenden Sieges der Partei bei den Reichstagswahlen zu erblicken. Doch die Zeichen der Zeit zwingen uns, sie im scharfen, kalten Lichte der allgemeinen gesellschaftlichen Dinge zu sehen, die an der Wurzel unseres Sieges liegen und die der Sozialdemokratie für die Zukunft Aufgaben von wachsender Schwierigkeit und Bedeutung zuweisen. Wie im vorigen Jahre schon, so tagt auch heuer wieder unsere Partei in einer Situation, die durch die jetzige Periode stürmischer Entwicklung der kapitalistischen Produktion mit ihren Begleiterscheinungen das Gepräge erhält. Ja diese ihre charakteristischen Züge sind seither noch ausgesprochener, noch unabweisbarer geworden, wie dies namentlich an zwei Gruppen von Zeitumständen zutage tritt: dem internationalen Rüstungswahnsinn und der internationalen Lebensmittelteuerung.

Vor Jahresfrist war es die Marokkoaffäre mit ihrem Drum und Dran und in ihrem Kielwasser der Raubzug Italiens nach Nordafrika, die die blutige Gefahr eines drohenden Weltkrieges vor aller Augen stellten und das sozialistische Proletariat als einzigen zuverlässigen Hüter des Friedens auf den Plan riefen. Wohl ist bis heute kein Wlib aus der Wetterwolke niedergezuckt, die sich von Agadir bis Tripolis über dem schwarzen Erdbteil zusammengeballt hat und heute auch das Ägäische Meer und die Dardanellen überschattet. Allein rings auf dem Erdball hat sich in der politischen Atmosphäre immer mehr Zündstoff für verderblichschwängere internationale Zusammenstöße gehäuft. In Spanien und Portugal, in Rußland, auf dem Balkan, in Kleinasien und Persien, in China und Japan, in Südamerika ist der Kapitalismus am Werke, die Welt umzuwälzen und nach seinem Bilde neu zu schaffen.

In den Ländern mit weit fortgeschrittener kapitalistischer Entwicklung finden die besitzenden und ausbeutenden Klassen nicht mehr genügenden Spielraum für ihren Herrn und Gott: das Kapital. Zu eng ist diesem hier die Welt geworden,

in der er seine Wunder wirken kann, deren letztes Ziel immer die Auspressung von Mehrwert, und zwar von steigendem Mehrwert aus den breitesten Massen bleibt. Denn das Kapital wächst und wächst, genährt von der unbezahlten, sich aufspeichernden Arbeit, die es dem Ausbeuteten abzwängt, und gewaltiger wie vollkommener werden die Produktionsmittel, riesenhafter die Arbeiterheere, die seiner Kommandogewalt unterstehen. Aber auch zu unsicher wird dem Kapital die alte Heimat. Sein Wachstum erfolgt unter der Herrschaft des Privateigentums, inmitten einer Ordnung der Unordnung, der gesellschaftlichen Planlosigkeit, und die Ausbeutung der Arbeit bleibt sein Mutterboden. Unter diesen Bedingungen ist es unvermeidlich, daß mit der vorwärtstürmenden Entfaltung des ausbeutenden Kapitals und seiner Macht auch alle die Gegensätze sich weiten und vertiefen, die die heutige Gesellschaft in sich trägt. Auf dem Gebiet des Wirtschaftslebens offenbaren sie sich in greifbarster Gestalt in den periodischen Krisen, jederzeit aber in dem Widerspruch — bis zum vollendeten Widerspruch gesteigert — zwischen der zunehmenden Gewaltigkeit und Ergiebigkeit der Produktionsmittel und Produktivkräfte und dem geringen Anteil, den die produktiv tätigen Massen an dem materiellen und kulturellen Reichtum haben, den sie erzeugen. Alle wirtschaftlichen und sozialen Gegensätze der bürgerlichen Ordnung aber treten zu Fleisch und Blut verkörpert auf das geschichtliche Blachfeld in dem Ringen zwischen der ausbeutenden Minderheit und der millionenköpfigen Arbeiterklasse, einem Ringen, das bei der erreichten Entwicklungsstufe der kapitalistischen Wirtschaft nicht allein mehr um den Grad der Ausbeutung geht, sondern mit wachsender Zielklarheit zu einem Kampfe für und gegen die Ausbeutung selbst wird. Wie bei den Krisen die Dinge von der Ohnmacht der herrschenden Schichten reden, das Spiel der entfesselten Produktivkräfte zum Wohle der Gesamtheit zu lenken und zu leiten, so kündet der proletarische Befreiungskampf, daß die Menschen bereit werden, durch den „Umsturz“ der heutigen Ordnung im Zeichen des Sozialismus bewußt die Schlüsselrollen aus den Dingen zu ziehen. Die ausbeutenden Nutznießer des Kapitalismus empfinden heute, daß die Tafeln ihres Lebensbanketts auf einem Vulkan stehen, dessen lodernde Glut unter der Oberfläche näher und näher züngeln. Auch dieser vielverschlungene Zusammenhang von Entwicklungsercheinungen heßt den internationalen Kapitalismus über Gebirge und Meere, um mit der Ausdehnung seiner Herrschaftsgewalt zugleich längere, gesicherte Dauer seiner Existenz zu gewinnen.

Die Regierungen aller Staaten, in denen die kapitalistische Produktion triumphiert, bereiten dem Kapital als dienstwillige Geschäftsführer durch Ränke und Gewalt, durch Verträge und Eroberungen den Weg, der zu gesicherten neuen Quellen an Rohstoffen und Lebensmitteln, neuen Absatzgebieten für Waren, neuen Betätigungsfeldern für kapitalistische Produktionsmittel und kapitalistisch ausgebeutete Arbeitskräfte führen soll. Wie dieses Streben sich durchsetzt, indem es mit

den blutigen Methoden und Verbrechen der alten Konquistadorenpolitik wilde und barbarische Völker der Vernichtung überliefert — wer könnte die Kongo- und Putumayogreuel vergessen, die Ausrottung der Herero? —, so entflammt es die Gegensätze zwischen den macht- und beutehungrigen besitzenden Klassen der einzelnen Staaten zur Siedehitze. Denn eine jede „nationale“ Gruppe erblickt in der anderen nicht die Mitarbeiterin an Werken der Kultur, sondern die Konkurrentin um den Profit.

Zu einem politischen Wetterwinkel schafft der internationale Kapitalismus jeden abgelegenen Teil der Welt um, in dem er sich einnistet, den er mit lüsternden Blicken umschleicht. Von den Kongosümpfen bis zur Bagdadbahn und dem Panamakanal läuft eine Zone internationaler Konfliktstoffe um die Erde. Der Imperialismus, die eroberungstolle Weltmachtpolitik ist zur bestimmenden Politik in den sogenannten Kulturstaaten geworden. Sie alle starren von Werkzeugen des Massenmordes, so daß die Völker die lastende Rüstung des „bewaffneten Friedens“ kaum noch zu schleppen vermögen. In Italien, Österreich, Rußland, in Frankreich und England feiert der Rüstungswahnsinn Orgien, die Vereinigten Staaten und Japan werden in steigendem Maße von ihm ergriffen, und Deutschland tanzt dem wilden wüsten Zuge voraus, gestachelt von den Bedürfnissen seiner machtvoll entwickelten kapitalistischen Wirtschaft. Kaum daß der letzte Protest der proletarischen Massen gegen die Kriegshege verstummt war, unmittelbar nachdem 4 $\frac{1}{2}$ Millionen sozialdemokratischer Wähler Imperialismus und Betrüsten in der schärfsten Form verurteilt hatten: erdreistete sich die Regierung zu neuen Militär- und Marineforderungen, und bis zum letzten fortschrittlichen Volksparteiler herunter haben die bürgerlichen Parteien sie in fester Einmütigkeit bewilligt.

Aus dem gleichen Boden wie das sieberhafte Rüsten zum Massenmord erwächst die Lebensmittelteuerung, die die üblichen Entbehrungen der Ausgebeuteten für Millionen zur Hungersnot verschärft. Lebensmittelteuerung, es hört sich wie eine Phantasie aus dem Irrenhaus an, in einer Zeit, wo die Steigerung der Produktivkräfte, die Vervollkommnung der Produktionsmittel, die Ausweitung der Produktionsgebiete eine Verbilligung des Lebensunterhaltes ermöglichen würden. Und doch ist das Schreckliche Wirklichkeit. Die kapitalistische Ordnung erweist auch hierin ihr zwiespältiges Wesen, daß sie neben den Tendenzen zur Verbilligung aller Erzeugnisse andere zeitigt, die zur verbrecherischen Verteuerung drängen. Die im Privateigentum an den Produktionsmitteln wurzelnde Anarchie der kapitalistischen Wirtschaft, deren chaotisches Getriebe von der Sehnsucht nach Mehrwert, Profit gelenkt wird, verbietet eine planmäßige gesellschaftliche Regelung, die ein Gleichgewicht zwischen der Erzeugung von Industriewaren und den Bedürfnissen an Rohstoffen und Lebensmitteln schaffen würde; verbietet eine Ausbeutung der Erdschätze, Kohle, Metalle usw., eine landwirtschaftliche Nutzarmachung des Grund und Bodens, die den Interessen der Gesamtheit dienen müßten. Dazu führt die wirtschaftliche Entwicklung zu immer weiter greifendem, festerem Zusammenschluß der kapitalistischen Herren der Produktion in den einzelnen Gebieten der Gütererzeugung. Die Ringe, Syndikate und Trusts der Unternehmer reißen die Vorteile der nezeitlichen Produktion an sich und sperren von ihrem Genuß die verbrauchenden Massen aus, indem sie die Märkte beherrschen und die Preise der Waren diktieren. Wie der Imperialismus, so ist die Lebensmittelteuerung zu einem internationalen Gespenst geworden.

Bei uns in Deutschland jedoch sind keine Schrecken größer als in manchen anderen Ländern. Hier werden sie zur Un-erträglichkeit gesteigert durch die Zoll- und Steuerpolitik, die vom Weltmachts- und Rüstungskoller vorwärts geht die Verteuerung der Lebensmittel zum Lebensmittelmorder werden lassen. Diese Politik erfüllt glänzend ihre Doppelaufgabe, die Kosten für Heer, Flotte, Kolonien — und bald auch für den Luftmilitarismus — den breitesten Massen aufzubürden

und dadurch die besitzenden Klassen zu entlasten, einflußreichen Schichten davon aber gleichzeitig noch durch Teuerungspreise des Lebensbedarfes reichen Extraprofit in die tiefen Taschen zu stecken. Junkertum und Bourgeoisie, Großgrundbesitzer und Kapitalisten haben sich zum Hungerpakt gegen das schaffende Volk zusammengefunden. Die Bölle und indirekten Steuern sind Schröpfköpfe, mittels deren Agrarier, Industrielle, Handels- und Spekulationskapitalisten um die Wette die Werktätigen bis zum Weißbluten mißhandeln. Nun starren in ungezählten Familien nicht nur Sorge und Entbehrung allein auf den Tisch, oft genug hocht der nackte Hunger daran.

Freilich bringen die Wucherpreise denen keinen Notstand, die im Besitz und in der Macht sind. Wo die Ausbeutenden wohnen, tafeln, sich erholen, spreizen und amüsieren — von dem „stilgerechten“ künstlerischen Heim bis zum Modestad, der Spielhölle und dem Boudoir der Maitresse — offenbart sich ein Luxus, der die fabelhaften Herrlichkeiten alter Zeiten in den Schatten stellt. So schreibt der Anschauungsunterricht der Tatsachen den darbedenden, hungernden Massen Marg' Lehre ins Bewußtsein, daß ihre eigenen Entbehrungen und nicht die vielberufenen „Entbehrungslöhne“ der Ausbeutenden das Kapital nähren und wachsen machen. So stellt es die Erkenntnis an ihren Leidens- und Kampfesweg, daß die geschichtliche Entwicklung zu einem Punkte treibt, wo die kapitalistische Produktion und die von ihr getragene bürgerliche Ordnung unfähig werden, auch nur die gewohnheitsmäßige Existenz den Millionen zu sichern, ohne deren Mühen sie wie ein Spuk verschwinden müssen.

So erwachsen aus der Situation zwei große dringliche Aufgaben für die Sozialdemokratie, als die politische Führerin und Verteidigerin der Massen. Das nächste Ziel im Ringen gegen den Lebensmittelwucher werden die Parteivertreter einmütig in den Maßregeln erblicken, die der Parteivorstand auf das Banner des eingeleiteten Massenprotestes geschrieben hat. Allerdings taucht hinter der grundsätzlichen Forderung: Aufhebung aller Bölle und indirekten Steuern auf Lebensmittel die Frage auf nach der Stellungnahme der Sozialdemokratie zur Besteuerung überhaupt. Allein sie ist bisher so wenig erörtert worden, daß sie dieses Jahr noch nicht Gegenstand einer Auseinandersetzung sein könnte.

Anderes liegen die Dinge betreffs des Imperialismus. Die Diskussion über ihn rollt nicht bloß das Kolonialproblem auf, über das die Meinungen auseinandergehen, sondern auch die andere Frage: Soll die Sozialdemokratie ihre Stosskraft vor allem darauf konzentrieren, zur Einschränkung des Betrüstens durch internationale Vereinbarungen der Regierungen zu drängen oder aber zur Einführung der Miliz? Die Antwort auf diese Frage ist in der gegebenen geschichtlichen Stunde von größter Bedeutung. Unserer Auffassung nach verwehren es die wirtschaftlichen und politischen Verknüpfungen der bürgerlichen Ordnung, auch nur den Stillstand des Rüstungswahnsinns zu erhoffen. Das Betrüsten ist für den Kapitalismus zu einer Frage von Sein oder Nichtsein geworden. Nicht nur weil die bürgerliche Gesellschaft des Popanzes der nationalen Gegensätze bedarf, um die Ausgebeuteten zu täuschen und zu teilen, vielmehr auch weil das Betrüsten zu einem der wichtigsten Hebel im Getriebe der kapitalistischen Produktion geworden ist und ein unentbehrliches Mittel, der Krise gleich erzeugten Reichtum zu vergeuden und zu vernichten, Produktivkräfte zu binden. Wenn auch nur einzelne mächtige Schichten der Kapitalisten den unmittelbaren Profit des Betrüstens einheimen, so wird es daher doch immer mehr zum Rührmichnichtan aller, die an dem Bestand der bürgerlichen Ordnung interessiert sind. Ein oder der andere Teil des Bürgertums mag gelegentlich noch so laut über die Kostenrechnung jammern oder politisch, einzelne seiner Wortführer mögen noch so blumenreich die Friedensidee feiern, wenn es drauf und dran geht, marschiert der ganze Troß mit klingendem Spiele hinter dem fordernden Imperialismus. Das Verhalten der Fortschritt-

lichen Volkspartei zu Militär- und Marineforderungen ist ein beredtes Zeugnis dafür.

Weil die bürgerliche Gesellschaft einen immer größeren Rüstungsapparat produzieren muß, bedarf sie jedoch auch der Menschen, der Proletarier, die ihn handhaben. Hier ist der Punkt, wo die Forderung auf Einführung der Miliz einsetzt, deren Hauptbedeutung fürs Proletariat in der Umwandlung des Heeres selbst beruht. Aus einem Werkzeug des Klassenstaats zur Knechtung der Ausgebeuteten wird es zum Volke in Waffen, das weder für die Heutegelüste der Herrschenden gegen den äußeren Feind marschiert, noch die Maschinengewehre gegen den inneren Feind spielen läßt. Nur kleine Kreise innerhalb der Sozialdemokratie sind es gewesen, die bisher die Frage zu klären versucht haben: Rüstungseinschränkung oder Volkswehr. Und eine einwandfreie Antwort darauf kann nicht kurzerhand gegeben werden, sondern zwingt dazu, die verwickeltesten Erscheinungen und Beziehungen der kapitalistischen Ordnung zu prüfen. Dieser Parteitag kann deshalb wohl zu einer Entscheidung in der Sache kommen, dagegen noch nicht zu einer vollen Klärung. Für eine solche erwarten wir das Entscheidende von dem ehernen Ruß der geschichtlichen Entwicklung, das dort überzeugt, wo die Foliaantenweisheit versagt. Aber unstreitig wird der Parteitag schätzenswerte Vorarbeit zur weiteren Prüfung der Streitfrage leisten.

Eine andere Frage von größter unmittelbarer Tragweite stellt sich in Chemnitz vor die Sozialdemokratie. Mit welchen Mitteln, auf welchen Wegen wird sie den Imperialismus und die Teuerung bekämpfen? Die mehr als vier Millionen Stimmen und die 110 Mandate des schwer errungenen Wahlsieges geben keine erschöpfende Antwort auf diese Frage, stellen sie vielmehr erst recht eindringlich. Macht verpflichtet! Wie kann unter den ganz bestimmten geschichtlich gegebenen Verhältnissen der Stunde die Sozialdemokratie ihre Macht am erfolgreichsten für ihre Ziele, das ist für das Wohl der breitesten Volksmassen in die Schale der Entscheidungen werfen? Diese Frage heißt eine Prüfung der Erwartungen, die manche unserer Parteigenossen auf das Zusammenwirken mit der bürgerlichen Linken knüpfen. In diesem Zusammenhang wird das Stichwahlabkommen des Parteivorstandes mit der fortschrittlichen Volkspartei seine Beurteilung finden, hoffentlich seine Verurteilung. Die angechnittene Materie zwingt jedoch, weiter zu gehen und die Frage nach dem Werte und den Grenzen der parlamentarischen Betätigung der Sozialdemokratie selbst zu stellen. So wertvoll angesichts der proletarischen Klassenlage es ist, was unsere Partei im Reichstag für die Arbeiterklasse errungen hat, was sie von der Lücke ihrer Todfeinde abzuwehren vermochte; wie unschätzbare das politische Sammlungs- und Erziehungswerk bleibt, das der Parlamentarismus an den Massen vollbringt: Die Logik der Dinge predigt uns eindringlich, daß die parlamentarische Aktion allein das Proletariat nicht gegen den Wahnsinn des Imperialismus und des künstlichen Lebensmittelwuchers zu schützen vermag. Wo große, entscheidende Dinge für die bürgerliche Gesellschaft auf dem Spiele stehen, da behandeln Regierung und bürgerliche Parteien das Millionenheer sozialdemokratischer Wähler — von der größeren Armee seiner Anhänger gar nicht zu reden — als Luft, die Aufierungen des Massenwillens als geduldiges Resolutionspapier. Die tief einschneidenden Lebensinteressen des Proletariats, um die es geht, treiben vorwärts zur tatkräftigen opferbereiten Mobilisierung der tatsächlichen Macht, die die Sozialdemokratie in den Massen auszulösen vermag und zielführend leiten muß. Nicht um den Parlamentarismus verächtlich zu machen und zum alten Eisen zu werfen, vielmehr um ihn zu ergänzen, zu befruchten und dadurch seine Bedeutung zu wahren. Wie die preussische Wahlrechtsfrage schreit der Kampf gegen die Teuerung geradezu nach einer kraftvollen Aktion, die über den Kreis unserer organisierten Kerntruppen hinaus die Massen erfasst und eine energische Geltendmachung ihres Willens bewirkt.

Die deutsche Sozialdemokratie hat dem Proletariat der ganzen Welt ein klassisches Beispiel von dem Gebrauch des Parlamentarismus als wirksames Mittel des proletarischen Klassenkampfes gegeben. Möchte der Parteitag zu Chemnitz der Ausgangspunkt eines nicht minder glänzenden Beispiels sein, wie der Parlamentarismus durch Massenaktionen vorwärts getrieben beziehungsweise ergänzt wird. Im Hinblick auf die schwierigen, verantwortungsreichen Parteaufgaben der nahen Zukunft gewinnt die Reorganisation des Parteivorstandes besondere Bedeutung. Wir haben bereits früher begründet, weshalb wir in der Einsetzung des vorge schlagenen Parteiaus schusses keine Bürgschaft für größere Stosskraft der Partei erblicken. Wichtiger als jedes formale Herumstufen am Haupte der Partei dünkt uns das Lebendigmachen und Lebendigerhalten der Glieder in Erkenntnis, Kritik, Tat- und Opferbereitschaft. In diesem Zusammenhang gesehen ist die Förderung des Bildungswesens wie der Frauen- und Jugendbewegung durch den Parteitag besonders dringlich. Denn trotz aller Wertung von Leitung und Persönlichkeit halten wir es mit dem Heineschen Worte: „Die Menge tut es.“

Unsere Jugendarbeit.

Die Arbeiterjugend erfreut sich seit einem Jahrzehnt des wachsenden Interesses der einzelstaatlichen Regierungen, ganz besonders aber der Regierung Preußens. Eifrig umworben von der gesamten bürgerlichen Welt müssen unsere schulentlassenen Proletarierkinder von heute sich für sehr bedeutende Persönlichkeiten halten, da man sich von allen Seiten so angelegentlich bemüht, ihre Gefolgschaft zu gewinnen. Zwei Richtungen sind es, die sich in dieser so heftig entbrannten staatsbürgerlichen Jugendpflege um den Vorrang streiten: die patriotische und die kirchlich-konfessionelle. Bei diesem „Wettrennen um die Seele der proletarischen Jugend“, wie es Korn treffend bezeichnete, jagen beide Richtungen auf getrennten Pfaden dem gleichen Ziele zu: die Jugend vor der „vaterlandslosen“ und „glaubenslosen“ Sozialdemokratie zu bewahren.

Die konfessionellen Organisationen, insbesondere die aus den Gesellenvereinen hervorgegangenen katholischen Jugendvereine waren historisch die ersten auf dem Plane. Sie wollten ihre Jugend zu Kämpfern für die streitbare Macht der Kirche erziehen und bekennen sich heute noch ebenso offen wie nur je zu diesem Ziele. Hätte das Zentrum keine Arbeiter und keine Bauern mehr hinter sich, seine Rolle als politische Partei wäre ausgespielt. Da ohnedies durch die Vorkommnisse der letzten Jahre, namentlich aber beim Streik im Ruhrrevier, der Glaube an die Arbeiterfreundlichkeit des Zentrums unter Scharen seiner Anhänger einen starken Stoß erlitten hat, muß die katholische Geistlichkeit intensiver wie je arbeiten, um aus der heranwachsenden Jugend neue Hilfstruppen für sich zu bilden. Die evangelischen Jugendvereine werden durch den zielbewußten, auf festen Füßen stehenden großen römischen Bruder gezwungen, ebenfalls die religiöse Erziehung der schulentlassenen Jugend in den Vordergrund zu stellen, die „sittlich-religiöse“ Erziehung als erste und Hauptaufgabe zu betrachten. Weiden dient als Vorwand die zunehmende Verwahrlosung und Kriminalität der Jugend.

Die patriotischen Jugendvereine tragen andere Züge. Zunächst gesehen sie ihr wahres Ziel nicht offen ein wie die christlichen Vereine. Unter dem Schlagwort der körperlichen „Ertüchtigung“ der Jugend des deutschen Volkes wollen sie die jugendlichen Proletarier so früh wie möglich in die militärische Zwangsjacke stecken, die den Arbeiterjöhnen aber vorerst nur so lose angelegt wird, daß sie Freude und Befriedigung an dem hübschen bunten Rocke finden und seinen Druck nicht spüren. Handelt es sich bei den konfessionellen Vereinen um die Erziehung der Jugend zu demütigen, gehorjamen Söhnen der Kirche, die mit der heutigen Weltord-

nung zufrieden sind, so bei den patriotischen um die Erlötung jedes eigenen Denkens und Wollens auch auf staatlichen, politischem und wirtschaftlichen Gebiet. Ihr Ziel ist die Erziehung der proletarischen Jugend zum blinden Gehorsam, der rein mechanisch auf alle Befehle reagiert, damit jederzeit das Volk in Waffen gegen das Volk im Arbeitskleid ausgespielt werden kann.

Wenn also auch beide Richtungen ihr Ziel durch die Erziehung zur Untertänigkeit zu erreichen suchen, so unterscheiden sie sich doch in der Erziehungsmethode ganz wesentlich voneinander, ja sie stehen sich sogar häufig offen feindselig gegenüber, wie es bei der Gründung des Jungdeutscher Bundes* deutlich zum Ausdruck kam. Die Gegensätze zwischen beiden Richtungen mußten entstehen und müssen weiter bestehen, weil die patriotischen Vereine, gezwungen durch die wenige freie Zeit der Proletariatsjugend, in erster Linie die Sonntage ganz für sich und ihre Soldatenpielerei beanspruchen und die Jugend hierdurch von dem Besuch der Kirche fernhalten. Die Forderung der konfessionellen Vereine, mit Ausflügen, Kriegs- und Geländespielen erst nach der Kirchzeit zu beginnen, ließ „Jungdeutschland“ ihrer praktischen Undurchführbarkeit wegen einfach unbeantwortet. Die guten Patrioten dürfen es freilich mit der Kirche nicht verderben, noch wollen sie es mit ihr verderben. Als der „Pfadfinderbund“ seine Anhänger am Pfingstsonntag auf den Exerzierplatz im Grunewald eingeladen hatte, da ließ er durch den Generalsuperintendenten Rahmsen einen Feldgottesdienst für die Jugend abhalten. Die „Germania“ aber erhob wegen dieser Predigt eines Protestanten großes Geschrei darüber, daß die katholische Jugend zu einer nicht katholischen Andacht gezwungen werde. Vielleicht hat diese „Entgleisung“ noch den Austritt sämtlicher Katholiken aus dem Pfadfinderbund zur Folge.

Die Geistesrichtung beider Parteien spiegelt sich wider in den Anträgen, die Zentrum und Konservative an den preussischen Landtag richteten. Die Fortbildungsschule ist für sie zum Kampfobjekt geworden. Die Frommen wollen die Einführung des obligatorischen Religionsunterrichtes, die Patrioten obligatorischen Turnunterricht. Der preussischen Regierung wäre schon beides ganz recht, aber solange das Fortbildungsschulwesen dem Handelsministerium und nicht dem Kultusministerium unterstellt ist, wie es das Zentrum so gerne möchte, muß sie Rücksicht darauf nehmen, daß die Fortbildungsschulen an und für sich dem Unternehmertum unbehagen sind, soweit sie nicht als bloße Fachschulen die jugendlichen Arbeiter zu nutzbringenden Ausbeutungsobjekten erziehen. Dem Unternehmertum erscheint Turn- wie Religionsunterricht gleich überflüssig, wenn dadurch entweder die Stundenzahl erhöht oder die festgesetzten Fachunterrichtsstunden gekürzt werden müßten. Insbesondere ist es der Mittelstand, sind es Handwerker, Kleingewerbetreibende usw., die, im Konkurrenzkampf vom Großkapital an die Wand gedrückt, ihre Widerstandsunfähigkeit auf Kosten der armen Lehrlinge zu verringern suchen.

Ein konservativer Abgeordneter, Dieneweg, machte sich zum Fürsprecher dieser reaktionären Bedürfnisse, indem er sich gegen die Verlegung des Fortbildungsschulunterrichtes in die Tagesstunden aussprach und die Verlegung der Stunden an das Ende des Tages wünschte. „Jetzt braucht man nicht mehr so lange zu arbeiten wie früher,“ führte der Herr aus, „und was das heute unmöglich macht, das ist, wie ich schon persönlich erfahren habe, daß die Unwilligkeit und Trägheit von Jahr zu Jahr größer wird; die Unzufriedenheit wird leider von verschiedenen Seiten auch auf die Lehrlinge des Landes und der kleinen Städte übertragen.“ Die Fortbildungsschule sei „eine Belastung des Handwerks“, erklärten erst vor kurzem die Handwerksmeister der Stadt Potsdam — um ein Beispiel anzuführen —, als über die Reorganisation der gewerblichen Fortbildungs-

schule beraten wurde. Stadtverordnete und Magistrat forderten Abhaltung des Unterrichtes tunlichst am Tage, nicht über 7 Uhr abends hinaus, und Abschaffung des Sonntagsunterrichtes, die Kommission verlangte Abendunterricht bis 8 Uhr und blieb auf dem Sonntagvormittagsunterricht bestehen. Voraussichtlich werden die Anträge der Kommission Annahme finden und wieder einmal beweisen, wie die Liebe zur Jugend von den staatsbehaltenden Parteien in der Praxis betätigt wird.

Da nun die preussische Regierung keine dieser Parteien benachteiligen durfte, bekamen die Patrioten weder ihren Turnunterricht noch die Frommen ihren Religionsunterricht. Damit war auch das Unternehmertum zufrieden, und der gesamte preussische Landtag von rechts bis links, mit Ausnahme der fünf Sozialdemokraten, bewilligte freudig im vorigen Jahre eine und in diesem Jahre anderthalb Millionen Mark zur Förderung der staatlichen Jugendpflege.

Damit nicht genug der Fürsorge! Preussische Städte errichten auf ihre Kosten Kurse zur Ausbildung von Jugendpflegern. Sie stellen kostenlos die Schulräume und Schulbibliotheken zur Verfügung für die Abhaltung von Versammlungen „wohlgesinnter“ Schüler und Fortbildungsschüler. Zu Turn- und Kriegsspielen wird ein Zuschuß bewilligt. Ja, die Stadt Berlin stellte in ihren diesjährigen Etat 12 000 Mark ein zum Zwecke der Jugendpflege. Im vorigen Jahre hatte sie bereits gelegentlich der Jahnsfeier 11 000 Mark aufgewendet, um 150 000 Exemplare „Deutschlands Einheit“ in den Volksschulen verteilen zu lassen; des weiteren hatte sie zu den Kosten dieses Jubiläums gemeinsam mit 31 Vororten 32 000 Mark beigesteuert. Der preussische Staat hatte sich mit einem Zuschuß von 3000 Mk. begnügt.

Die Fortbildungsschule wird auch ohne Turnstunden in den Dienst der patriotischen Jugendpflege gestellt. Offiziere durften in den ordentlichen Unterrichtsstunden Propagandareden für den Jungdeutscherbund halten. Die Militärbehörde gewährt dieser Organisation bei Wanderungen Kasernenquartiere und Verpflegung zu einem ganz geringen Preise. Der Kultusminister erließ am 3. Juli 1912 eine Verordnung, die den Vereinen, die „einer staatlich geförderten... Organisation für Jugendpflege“ angehören, bei Ausflügen eine Ermäßigung der Fahrpreise sichert, während diese Vergünstigung den freien Jugendvereinen abgeschlagen wird. Ja selbst die Studentenschaft beginnt sich der staatlich geförderten Jugendpflege anzuschließen, um da einzuspringen, wo selbst bei der leichtgläubigen Jugend das Mißtrauen gegen die sonst so hochmütig auf das Volk herabschauenden Offiziere nicht weichen will, die nun plötzlich ihr Herz für die elenden Proletariatskinder entdeckt haben.

Neuerdings hat der „Deutsche Jugendverband“, an dessen Spitze Flotten-Keim steht, einen neuen Vorstoß unternommen, um die proletarische Jugend in gut bürgerliche Hände zu treiben. Was im preussischen Landtag nicht erreicht werden konnte, das soll im deutschen Reichstag Erfüllung finden. Der Jugendverband richtet deshalb gemeinsam mit 54 Vereinen oder Verbänden — darunter auch der Jungdeutscherbund und der Reichsverband gegen die Sozialdemokratie — ein Bittgesuch an den Reichskanzler, „dahin zu wirken, daß ein Gesetz zustande kommt, das enthält: 1. das Verbot der Beteiligung der Jugendlichen unter 16 Jahren an öffentlichen Tanzvergünstigungen und der Verabfolgung von geistigen Getränken zu eigenem Bedarf in öffentlichen Schankstätten; 2. die Verpflichtung der Jugendlichen unter 18 Jahren zur Teilnahme an den Veranstaltungen für Körperausbildung an mindestens zwei Stunden in der Woche; 3. die Verpflichtung der Gemeinden zur unentgeltlichen Vergabe von Pläßen, Hallen, Turn- und Spielgeräten für derartige Veranstaltungen in großen Städten und Stadtteilen.“

Scheinbar sind dies drei Forderungen, die jede Partei unterschreiben kann, der das Wohl der Jugend am Herzen

* Siehe „Gleichheit“ Nr. 9, 1912.

liegt. In Wirklichkeit wollen die zwei ersten Paragraphen nichts anderes, als die freie Jugendbewegung ersticken. Es ist genugsam bekannt, daß Schulräume der freien Jugend für ihre Versammlungen nicht überlassen werden, insofern diese sind die jungen Leute gezwungen, in Gastwirtschaften sich zusammenzufinden. Wenn auch alles geschieht, sie vom Alkoholgenuß zurückzuhalten, so werden sie doch trotz aller guten Vorsätze zum Trinken verleitet. Gehen aber die Jugendlichen in Masse in die Jugendheime, wo es gar keine Gelegenheit zum Alkoholgenuß gibt, dann kommt die Behörde und erklärt die Jugendheime für politische Vereine, wie es vor kurzem das Oberverwaltungsgericht in Berlin entschieden hat, um damit unmöglich zu machen, daß unter 18 Jahre alte Jugendliche diese Institute besuchen. Der Zweck ist: die Jugend in die staatlich geförderten Vereine hineinzuzwingen und den Meister zum Vormund des Lehrlings zu bestellen, ohne dessen Erlaubnis dieser nichts unternehmen darf.

Die Forderung der obligatorischen Teilnahme am Turnunterricht will man auf dem Umweg über den Reichstag in die Fortbildungsschule hineinschmuggeln, nachdem ihn der preussische Landtag aus den vorher genannten Gründen hat ablehnen müssen. Die dritte Forderung hat die Stadt Berlin bereits insoweit erfüllt, als sie während des ganzen Sommers der Arbeiterjugend in sechs städtischen Parks in verschiedener Reihenfolge allabendlich Spielplätze zur Verfügung gestellt hat. Die Petition ist bis jetzt im Reichstag nicht zur Verhandlung gekommen, aber sie wird zweifellos bei der großen Mehrheit des deutschen Reichstags begeisterte Zustimmung finden.

Die gesamte bürgerliche Gesellschaft ist eben mit größter Mühseligkeit an der Arbeit, die proletarische Jugend von der Schule bis zum Seere zu bevormunden und sie von der Klasse fernzuhalten, der sie angehört. Allerdings klagt Herr Generalmajor Keim in seinem eben angeführten „Wittgesuch“ darüber, daß „trotz eifrigster Verbetätigung“ die staatlich geförderten und geförderten Organisationen höchstens 20 Prozent der in Betracht kommenden Jugendlichen gewonnen haben. Es ist das eine Tatsache, die auch die Denkschrift an das preussische Abgeordnetenhaus festgestellt hat. Und sie drängt die Frage auf: „Wo bleiben die übrigen 80 Prozent der proletarischen Jugend?“

Nun — sie werden in ihrer Mehrzahl ebensowenig von der „freien Jugendorganisation“ erfasst wie von der bürgerlichen. In dem Bericht des Parteivorstandes an den Parteitag zu Chemnitz wird zwar ein erfreulicher Fortschritt in der Jugendbewegung konstatiert. Die Zahl der Abonnenten der „Arbeiterjugend“ ist von 65 500 im Vorjahr gestiegen auf 80 100 im Berichtsjahr, und die Jugendausschüsse habe sich um 120 vermehrt, von 454 auf 574. Wenn diese Zahlen auch Beachtung heischen und vor Entmutigung schützen, so sind sie doch an sich sehr geringfügig, wenn man bedenkt, daß es zurzeit in Deutschland über drei Millionen jugendlicher Arbeiter gibt. Gewiß wird sowohl von der Zentralstelle wie fast von allen Jugendausschüssen eine ungeheure Arbeit geleistet, aber viel zu klein sind die Mittel im Verhältnis zu der Riesenaufgabe, die zu leisten ist.

Der ausführliche Bericht der Zentralstelle liegt noch nicht vor, so daß im Augenblick nur von Berlin gesprochen werden kann. Wie liegen da die Verhältnisse im Vergleich zum Vorjahr? Es bestehen zurzeit genau so viele Jugendheime wie im Jahre 1911, nämlich zwei, das dritte soll allerdings bis zum 1. Oktober eröffnet werden. Die Zahl der Abonnenten der „Arbeiterjugend“ hat in diesem Jahre um rund 4000 zugenommen; sie stieg von 10 000 auf 14 000 in Groß-Berlin. Insgesamt 183 Einzelvorträge aus allen Wissensgebieten fanden vom 1. Juli 1911 bis 30. Juni 1912 statt, die von rund 8000 Jugendlichen besucht waren. Eine geringere Beteiligung fanden die fortlaufenden wissenschaftlichen Vorträge. An rund 100 Abenden im Winterhalbjahr von Oktober bis April wurden sie nur von insgesamt 3822

jugendlichen Personen beider Geschlechter besucht. Davon waren alt 14 bis 18 Jahre 89,7 Prozent, 18 bis 20 Jahre 9,4 Prozent, 20 bis 24 Jahre 0,9 Prozent. Die Besucherzahl der wissenschaftlichen Vortragsreihen deckt sich mit der Hälfte der Besucher von Einzelvorträgen. Daß diese Zahlen für die Großstadt Berlin einen Sieg der freien Jugendbewegung bedeuten, wird wohl niemand sagen können. Besonders dann nicht, wenn man in Betracht zieht, daß im Winterhalbjahr 1910/11 33 353 Schüler in der Pflichtfortbildungsschule waren, und daß alle der Fortbildung dienenden Einrichtungen von insgesamt 58 067 Schülern besucht wurden, darunter 33 889 Lehrlinge. Rechnet man ihnen noch die 10 274 Schülerinnen an städtischen und privaten Fortbildungsschulen zu, so erhält man für Berlin allein mehr als 68 000 Jugendliche zwischen 14 und 18 Jahren. Und diese Statistik hat selbstverständlich nicht einmal die große Mehrzahl der jungen Mädchen in Berlin mitgezählt, für die bis jetzt eine Pflichtfortbildungsschule nicht bestand. Die „freie Jugendbewegung“ hat also nur 11,7 Prozent der statistisch erfassten Fortbildungsschüler und -schülerinnen in Berlin an sich zu ziehen vermocht.

Eine wesentliche Ursache des geringen Umfangs der freien Jugendbewegung sind die Verfolgungen, denen sie ausgesetzt ist. Strafandrohungen treffen die Wirte, die zu den harmlosesten Zusammenkünften der Arbeiterjugend einen Raum zur Verfügung stellen, so daß diese in manchen Gegenden von Lokal zu Lokal ziehen muß. Den Referenten ergeht es genau so. Ob sie über „Die Schätze der Atmosphäre“ oder über „Daniel Friedrich Schubart“ sprechen wollen — unter Androhung einer Geldstrafe von 100 Mk. wird ihnen verboten, bei der Arbeiterjugend einen Vortrag zu halten. Man versucht auf diese Weise die freie Jugendbewegung zu ersticken, da die im Vorjahr üblichen Auflösungen von Jugendversammlungen durchweg mit einer Niederlage der Polizei geendet haben. An die Gründung einer Organisation kann nicht einmal gedacht werden, diese würde, und wenn sie noch so unpolitisch wäre, unter allen Umständen nach kurzer Zeit aufgelöst werden.

In den älteren und intelligenteren Jugendlichen erwecken diese Schwierigkeiten und Verfolgungen ein verstärktes Gefühl der Solidarität; bei den jüngeren aber ist dies meist nur dann der Fall, wenn sie im Elternhaus einen starken Rückhalt finden. Und hier liegt meines Erachtens der wunde Punkt der freien Jugendbewegung überhaupt: das mangelnde Interesse der Arbeitereltern, wie und wo ihre heranwachsenden Kinder ihre freie Zeit verbringen. Wenn die freie Jugendbewegung verhältnismäßig nur langsam fortschreitet, so trägt einen großen Teil der Schuld daran das mangelnde Interesse, das nicht nur indifferente, sondern auch organisierte Arbeiter für diese wichtige Sache an den Tag legen und das sich sogar häufig zu einem passiven Widerstand gegen das Vorwärtsdringen der Jugend kundgibt.

Da der Gewinnung von Jugendlichen unter 18 Jahren sich immer mehr Schwierigkeiten entgegenstellen, muß für die Gewinnung der über 18 Jahre alten jungen Leute und Mädchen, die dem Ausnahmeseß gegen die Jugend nicht mehr unterstehen, mehr getan werden als bisher. Das liegt im dringenden Interesse der Partei. Zeigt doch zum Beispiel der Jahresbericht des Verbandes sozialdemokratischer Wahlvereine, daß im Verhältnis zur Zahl der sozialdemokratischen Wahlstimmen nur organisiert sind: im ersten Kreise 18,3 Prozent, im zweiten Kreise 13,5 Prozent, im dritten Kreise 18,1 Prozent, im vierten Kreise 23,3 Prozent, im fünften Kreise 11 Prozent, im sechsten Kreise 18,7 Prozent, in Nieder-Barnim und Teltow-Beeskow je 16 Prozent. Zieht man Hamburg zum Vergleich heran, so sind dort 44 Prozent der sozialdemokratischen Reichstagswähler organisiert. Dies dürfte nicht zuletzt seine Ursache haben in dem glänzend ent-

widelten Hamburger Arbeiterbildungswesen, mit dem sich auch nicht entfernt messen kann, was in Berlin auf diesem Gebiet existiert. Gibt es doch hier bis zum heutigen Tage noch keinen Zentralbildungsausschuß. Daß man aber auch in Berlin mit der Passivität in Bildungsfragen endlich brechen will, beweisen nicht nur die Gründungen von Bildungskommissionen in einzelnen Wahlkreisen und Vororten, sondern auch der von allen Kreisen einstimmig angenommene Antrag an den Chemnitzer Parteitag: „Der Parteivorstand möge besondere Maßnahmen treffen, um die den Ausnahmebestimmungen des Vereinsgesetzes nicht mehr unterstehenden Jugendlichen in der Zeit vom 18. bis 21. Lebensjahr für die Sozialdemokratie zu gewinnen.“ Wird dieser Antrag, wie zu erwarten steht, vom Parteitag angenommen, so werden alle Bemühungen der Geschorenen und Geheitelten, der Befrachten und Uniformierten wirkungsloser wie bisher an dem Willen der Arbeiterklasse zerfallen.

Dazu muß man sich aber der Größe und Schwierigkeit der gestellten Aufgabe bewußt sein. Geld allein tut's freilich nicht, sonst müßten die aus staatlichen Mitteln erhaltenen Jugendvereine glänzend gedeihen. Es bedarf der ganzen mühe- und opferbereiten Hingabe eines Menschen an die Jugendarbeit und einer gründlichen Vorbereitung auf sie. Die Zentralstelle hat einen Kursus eingerichtet für die systematische Ausbildung von Funktionären für die Jugendbewegung. Was will aber dieser eine Kursus besagen, zu dem 30 Funktionäre aus dem ganzen Reiche zugelassen werden, wenn Städte wie Berlin, Hamburg, Leipzig und andere jede für sich allein nicht nur einen, sondern mehrere solcher Kurse haben müßten? Hoffentlich bedeutet dieser erste Kursus, der im Oktober stattfindet, nur den Anfang einer langen Reihe von folgenden Veranstaltungen.

Arbeitsfreundliche Parteigenossinnen und Genossen sind in stets wachsender Zahl überall vorhanden; es bedarf nur noch des gegenseitigen Verständnisses und Vertrauens, um auch bei den gegenwärtigen schwierigen Zeitumständen vorwärts und aufwärts zu gehen! Mathilde Wurm.

Die Frau in der Industrie und Landwirtschaft Württembergs.

Schlusskapitel.

Nur einige der Berufe und der Berufsabteilungen, die die weibliche Arbeitskraft in größerem Maße beschäftigen, konnten in den vorhergehenden Beiträgen kurz behandelt werden, etliche sind gar nur flüchtig gestreift worden. In Wirklichkeit ist das Gebiet der Frauenarbeit in Württemberg weit größer, als die Statistik es erscheinen läßt. In der Landwirtschaft und in fast allen Gewerben tritt die Frau als Mitarbeiterin des Mannes oder als seine Konkurrentin auf. Dazu kommt das Heer der weiblichen Dienstmädchen, die im Hause der Herrschaft wohnen, 45 205 an der Zahl. Daß ein Teil von ihnen nicht nur häusliche Dienste verrichtet, sondern auch bei gewerblichen Arbeiten der Herrschaft mit Hand anlegen muß, kann man fast jeden Tag beobachten. Es wäre eine dankenswerte Aufgabe, das zum Teil noch sehr lückenhafte Material über die Frauenarbeit in Württemberg zu ergänzen, es durchzuarbeiten und die sich daraus ergebenden Fragen gründlich zu behandeln. Eine solche Arbeit läßt sich nicht in einigen Artikeln oder in einer kleinen Broschüre bewältigen. Aber immerhin kann man einige allgemeine Schlussfolgerungen und Lehren aus den von uns mitgeteilten Tatsachen ziehen.

Die weibliche Arbeitskraft ist zu einem unentbehrlichen Bestandteil des Wirtschaftslebens in Württemberg geworden, und zwar mehr noch als in manchen anderen Bundesstaaten Deutschlands. Man denke sich hier die Frau aus der Landwirtschaft weg! Das Ackerland würde zum großen Teil veröden, Dornen und Disteln würden wachsen, wo jetzt die Sad-

frucht grünt und das Korn reift. Die Textilindustrie müßte in dem Augenblick zusammenbrechen, da man ihr verwehrt, Arbeiterinnen zu verwenden. Die Edelmetallindustrie, die Papierindustrie, das Handelsgewerbe und noch eine große Anzahl Wirtschaftsgebiete sind heute in Württemberg undenkbar ohne die Arbeitskraft der Frau. Auf dem Acker bei Wind und Wetter und hinter dem Gespann, im staubigen Fabrikssaal, in der Dachkammer an der Nähmaschine, hinterm Ladentisch, am Krankenbett, bei verstaubten Folianten in den Bibliotheken und hinter den Retorten im chemischen Laboratorium: überall ist die Frau am Werk, das Wirtschaftsgetriebe im Gange zu halten, Mehrwert für das Kapital zu erzeugen. Was uns nährt und kleidet, schützt und ergötzt, alles hat die Frau mit geschaffen, an allem klebt auch Frauenschweiß und nicht selten Frauenblut. Die Frau lebt und webt in dem kapitalistischen Produktionsprozeß und muß alle seine grausamen Folgen tragen. Heim und Kind muß sie hinter sich lassen, um dem Kapital zu fronden. Die Maschinenarbeit mit ihrer Spezialisierung und Vereinfachung der menschlichen Arbeit hat ihre Ausbeutung rentabel gemacht, hat das Arbeitsgebiet des Mannes eingeschränkt und den kapitalistischen Hunger nach weiblichen „Händen“ derart gesteigert, daß er kaum zu befriedigen ist. Was fragt das Kapital nach Familie und Kind der Proletarierin, was nach ihrer Bildungssehnsucht? Mag die Mutter sehen, daß sie ihr Kleines in einer Krippe oder bei fremden Leuten unterbringt; mag die Strafe seine Heimat werden. Das Unternehmertum braucht die Arbeitskraft der Mutter, um Mehrwert daraus zu pressen, und damit basta! Von 1895 bis 1907 hat sich die Zahl der verheirateten Arbeiterinnen im Gewerbe Württembergs mehr als verdoppelt, sie stieg von 5413 auf 12 488.

Die Frau wird in der kapitalistischen Fron mit Peitschen gezüchtigt, die Mutter mit Skorpionen. Schon das Kind unter dem Herzen der erwerbstätigen Proletarierin muß hungern. Die Arbeit an der Maschine, am Webstuhl, auf dem Felde verzehrt die Kraft der Frau bis zur Erschöpfung. Was bleibt da für den werdenden Menschen? Giftige Dämpfe verfeuchten das Blut der Mutter und damit das des Kindes. Ein dem Tode oder Siechtum geweihtes Geschöpf kommt zur Welt. Unzureichende Nahrung und elende Wohnungsverhältnisse lassen die Säuglingssterblichkeit in den Arbeiterquartieren bis auf 35 Prozent der Geburten steigen und noch darüber hinaus. Wohl sucht die Gesehgebung Mutter und Kind vor den Folgen der Fabrikarbeit etwas zu schützen. Eine Ruhezeit von acht Wochen schreibt sie für Schwangere beziehungsweise Wöchnerinnen vor. Aber die Not ist stärker als der Gesehesakt. Der württembergische Gewerbeinspektionsbericht für 1910 meldet:

Die Arbeiterinnen ihrerseits haben den erweiterten Wöchnerinnenschutz mit recht gemischten Gefühlen begrüßt. Wohl ist ihnen die längere Pflegezeit für Wöchnerinnen erwünscht, aber sie können doch nicht verstehen, daß denselben zugemutet werden kann, acht Wochen von der Arbeit wegzubleiben, solange die Krankenkasse nur zu einer sechswöchigen Unterstützung verpflichtet ist. Wurde doch schon vorher von Wöchnerinnen öfters geklagt, daß sich die Arbeiterfrau bei der nur knapp bemessenen Unterstützung nicht die notwendige Pflege und Erholung gönnen dürfe. Und nun noch während vierzehn Tagen vollständiger Verdienstausschlag! Infolgedessen versuchen schwangere Arbeiterinnen möglichst bis kurz vor der Niederkunft zu arbeiten, damit sie, weil dieser Zeitpunkt nicht genau vorausbestimmt werden kann, ja nicht in die Lage kommen, mehr als zwei Wochen vorher und somit im ganzen mehr als acht Wochen aussitzen zu müssen. Manche Frau bekannte auch ganz offen, daß sie nach Ablauf der Unterstützungszeit unter allen Umständen wieder zur Arbeit greifen müsse; werde sie in der Fabrik nicht angenommen, so nehmen sie Stelle als Wasch- und Putzfrau an.

Für die Heimarbeiterinnen und ländlichen Proletarierinnen fehlt auch dieser unzulängliche Schutz gegen die Ausbeutung. Was die Reichsversicherungsordnung an sozialer Fürsorge für Mutter und Kind gebracht hat, erweist nur das böse Gewissen und den schlechten Willen der herrschenden

Klassen. Ist das Kind unter Qualen und Entbehrungen geboren, hat der Tod versäumt, die zarte Menschenknospe vor der Zeit zu knicken, so steigert sich noch die Qual der Mutter. Sie ist gezwungen, das Heim verlassen, den Herd erkaltend zu lassen. Jede Tiermutter kann ihre Kleinen pflegen und behüten, doch die Proletariermutter kann es nicht.

Fast am schlimmsten ist das Los der Heimarbeiterin. Der elende Lohn zwingt sie nicht nur selber, unmenschlich lange zu schuften, die Nacht zum Tage zu machen, oft genug muß sie auch ihre Kinder schon in der frühesten Jugend ins Arbeitsjoch spannen, muß ihnen Jugendfreude und Sonnenschein rauben. Um ein Stückchen Brot! Der Jahresbericht der Gewerbeaufsichtsbeamten Württembergs für 1910 zeichnet davon folgende erschütternde Bilder:

In der Textilindustrie bestand die in den Oberämtern Nürtingen und Urach erhobene Kinderarbeit vorwiegend in der Ausfertigung, das heißt dem Abschleifen, Zusammennähen und Umhäkeln von Kinderjäckchen. Die Lohnsätze betragen für das Abschleifen und Zusammennähen von 1 Duzend Jäckchen je 10 bis 12 Pf., für das Umhäkeln 25 bis 30 Pf.; hierbei ist aber an jedem Jäckchen dreimal um den Hals, zweimal um die Ärmel und einmal um das ganze Jäckchen zu häkeln. Ein Kind von etwa 12 Jahren kann nach ein- bis zweijähriger Übung einen Kettel, das Duzend zu 30 Pf., in einer halben bis dreiviertel Stunden umhäkeln, darf aber hierbei kaum von der Arbeit aufsehen...

Im Bekleidungs-gewerbe wird die meiste Kinderarbeit in der Endschuhmacherei sowie in der Korsett- und Arbeiterkleiderfabrikation geleistet. Diese Industrien finden sich in den Oberämtern Waiblingen, Gmünd, Tübingen und Urach. Beim Endschuhmachen, das vorwiegend in abgelegenen Gegenden, zum Beispiel auf dem Heuberg, betrieben wird, beteiligen sich vielfach schon sieben- und achtjährige Kinder, selbst fünf- und sechsjährige versuchten schon zu arbeiten. Das Material (Zuchabfälle) stellt der Arbeitgeber, der in der Regel nur Heimarbeiter beschäftigt. Das Zuschneiden der Ware in schmale Streifen erfolgt durch die Mutter, das Flechten (auf Holzformen) besorgen die Kinder. Der Lohn für ein Paar Kinderschuhe beträgt 4 bis 6 Pf., für ein Paar Frauenschuhe bis zu 10 und 12 Pf. Ein geschicktes Kind kann ein Paar Kinderschuhe in dreiviertel Stunden fertig bringen...

Die Kinderarbeit in Gruppe VI (Maschinen, Werkzeuge, Instrumente) betraf Beschäftigung der Kinder für die Uhrenindustrie des Schwarzwaldes, meist Spindelstecken, wobei für 100 Spindeln, in welche je 6 bis 10 kleine Stifte zu stecken sind, 7 bis 10 Pf. bezahlt werden. Zu dieser wenig lohnenden, mühsamen Arbeit werden schon fünf- bis sechsjährige Kinder herangezogen. Denn nur dadurch, daß dieses Stecken von klein auf betrieben wird, erreicht manches Kind eine solche Fertigkeit, daß es in fünfviertel bis anderthalb Stunden 600 bis 1000 Stifte steckt. Die jüngeren Kinder fassen die Stiften mit ihren Fingern, die älteren verwenden hierzu Zangen...

Mit anerkennenswertem Freimuth weist der Gewerbeinspektionsbericht auf die Ursachen dieser grauenhaften Kinderflaverei hin und bekennt zugleich die Ohnmacht der heutigen Gesellschaft, gegen diese Schande, dieses Verbrechen anzukämpfen. Er schreibt:

Da, wo das Lohn Einkommen der Eltern selbst für die notwendigen Lebensbedürfnisse nicht ausreicht — und leider sind diese Fälle bei zahlreicher Kinderschar, auch wenn Vater und Mutter dem Erwerb nachgehen, nicht vereinzelt —, wird auch die gesetzwidrige Nachtbeschäftigung der Kinder nicht auszurotten sein, solange nicht eine Hebung der wirtschaftlichen Lage eintritt. Eo ipso wenig ist auch bei nicht zahlreicher Familie Aussicht auf Einhaltung des Kinderschutzgesetzes vorhanden, wenn der Vater krank oder die Mutter Witwe ist und der Kampf um das tägliche Brot dazu zwingt, die Kinder zu zu langer Arbeit anzuspornen. Die Verantwortlichen liegen es sich angelegen sein, Ortsvorsteher und Geistliche auf unterstützungsbedürftige Familien aufmerksam zu machen. Ob aber mit den für Unterstützungszwecke bisher zur Verfügung stehenden Mitteln auch nur der augenblicklichen Not gesteuert werden kann, bleibt fraglich.

Das sind keine Ausnahmestände, wie man früher gern behauptete. Wir lesen in dem Gewerbeinspektionsbericht für 1911:

Die größtenteils auf 1. Dezember des Berichtsjahres eingekommenen Listen der Schulen ergeben die so sehr erwünschte Übersicht

der Kinderarbeit in Württemberg, die viel weiter verbreitet und von größerem Umfang ist, als bis jetzt angenommen wurde. Es werden in den Listen rund 13 000 Kinder als gewerblich beschäftigt aufgeführt. Aus den Aufstellungen ist ersichtlich, daß in den Städten die Heranziehung von fremden Kindern eine sehr starke ist und daß insbesondere bei diesen Kindern die Bestimmungen des Gesetzes meist umgangen werden...

Die Folgen solcher Zustände machen sich nur zu deutlich bemerkbar. Die Jahresberichte des Stuttgarter Stadtarztes, des Schularztes von Gmünd und anderer Ärzte zeigen die verheerenden Wirkungen, die die kapitalistische Produktionsweise mit ihren Begleitererscheinungen auf die proletarische Jugend ausübt. Von 14 352 Volksschülern Stuttgarts, die der Schularzt im Jahre 1909/10 untersuchte, war nur ein Fünftel ausreichend genährt, von 9890 Stadtkindern 18,6 Prozent, von 4435 Vorortskindern 20,8 Prozent. Bei mehr als 3000 Kindern, 23,3 Prozent der Stadtkinder, 20,1 Prozent der Schüler aus den Vororten, wurde Unterernährung, chronischer Hunger festgestellt.

Nicht nur ihre Arbeitskraft und die ihrer Kinder muß die Frau und Mutter dem Kapital ausliefern. Auch ihre Gesundheit, ihre Gliedmaßen, vielleicht ihr Leben verlangt dieses als Opfer. Die gewerbliche Unfallstatistik für 1910 verzeichnete im ganzen Deutschen Reich 2811 schwere Betriebsunfälle erwachsener Arbeiterinnen und 280 von weiblichen Jugendlichen. Die Süddeutsche Textilgenossenschaft allein meldete 105 schwere Unfälle von erwachsenen und jugendlichen Arbeiterinnen. In der Landwirtschaft fallen aber auf dem Schlachtfeld der Arbeit noch bei weitem mehr weibliche Opfer. Von 1899 bis 1910 stieg in ihren unfallversicherungspflichtigen Betrieben die Zahl der schwerverletzten erwachsenen Arbeiterinnen von 14526 auf 17167, die der weiblichen Jugendlichen, auf die dies Los fiel, von 422 auf 566. An der Gesamtzahl der schweren Unfälle in der Landwirtschaft waren die erwachsenen Arbeiterinnen im Jahre 1899 mit 28,3 Prozent beteiligt, im Jahre 1910 jedoch mit 30,5 Prozent. Bei der geschilberten Entwicklung der Frauenarbeit in Württemberg ist es mit Händen zu greifen: wie die Proletarierinnen des Landes ihren Teil an der kapitalistischen Produktion von Reichtum haben, so auch an der kapitalistischen Produktion von Armut. Und zwar, wie die Dinge liegen, gerade auch auf dem Gebiet der landwirtschaftlichen Arbeit. Die Frau ist wie der Mann „reif“ geworden, ihr Blut auf dem Schlachtfeld der Arbeit zu verspritzen, sollte sie da nicht auch „reif“ für politische Rechte sein?

Wie nun hat die kapitalistische Entwicklung mit all ihrer Not und Sorge, mit Entbehrungen und Hunger, mit dem Hinausgestoßenwerden ins gesellschaftliche Leben auf den Charakter der Frau eingewirkt? „Das weibliche Proletariat verrotzt“, sagt das honette Bürgertum, „die verbrecherischen Neigungen haben auch unter den Frauen zugenommen.“ Die Wissenschaft stellt dazu anderes fest. Der Berliner Landgerichtspräsident Geheimerr Oberjustizrat Lindenberg veröffentlichte in der „Deutschen Juristenzeitung“ vom 1. März 1912 eine Statistik über den Anteil des weiblichen Geschlechtes an den Verbrechen oder Vergehen gegen die Reichsgesetze. Danach kamen auf 100 Verurteilte im Jahre 1864 18,6 Frauen und Mädchen, im Jahre 1909 15,8. In der Zeit von 1884 bis 1909 ging der Prozentsatz der weiblichen Verurteilten zurück; bei Verbrechen und Vergehen gegen die Person von 15,3 auf 14,6, gegen das Vermögen von 24,3 auf 17,6. Dafür haben allerdings die Sünden der Frau auf einem anderen Gebiet erheblich zugenommen. Im Jahre 1884 waren unter 100 Verurteilten, die sich gegen den Staat, die öffentliche Ordnung oder die Religion vergangen hatten, 9,5 Frauen, 1909 jedoch 14. Aber beweist das etwa wirklich eine „zunehmende Verrohung des weiblichen Proletariats“? Ist nicht die Gefahr, mit allerlei Gesetzesbestimmungen in Konflikt zu kommen, für die in das wirtschaftliche und

öffentliche Leben hinausgestoßene Frau weit größer als für das Gretchen am Kochtopf? Eine Antwort darauf gibt die Mutter, die in Bochum mit ihrem Säugling ins Gefängnis wandern mußte, weil sie einem Streikbrecher „Pfiu“ zugerufen hatte.

Freilich, die Proletarierin von heute ist nicht mehr das sanfte, willenlose Gretchen von Anno dazumal, ein Spielball der Launen des von Gott eingesetzten „Herrn“, das rechtlose, flüchtige Objekt der ausbeutenden und herrschenden Schichten. Ihre Widerstandskraft gegen Ausbeutung und Unterdrückung hat der Kapitalismus nicht brechen können, im Gegenteil, er weckt sie dort, wo sie noch schlummert. Stärker als Arbeitsqual und Hunger mit ihren abstumpfenden Wirkungen auf den Geist erweist sich schließlich doch der Wille der Frau zum Leben, der Trotz gegen Ausbeutung und Unrecht entfacht. Doch sind es bei weitem noch nicht alle ausgebeuteten Proletarierinnen Württembergs, die so zum wahren Sein erwachen und die Bestrebungen ihrer Klasse teilen. Viel Wille und Geist wird in der erwerbstätigen Frau vom Kapitalismus zermürbt, getötet. Aber schon wird allerorten in Württemberg auch unter dem weiblichen Proletariat der Sinn für die Notwendigkeit lebendig und scharf, das Ausbeutertum und die Ausbeutungsordnung in geschlossener Phalanx zu bekämpfen. Solchen Sinn gilt es zu nähren und zu stärken. Er gibt uns die Bahnbrecherinnen, die ihre noch schlafenden Schwestern wachrütteln, die Vorkämpferinnen, die bessere Existenzverhältnisse für jene ertrogen, deren Gedanken kleinmütig und schwach sind. Gerade unter dem weiblichen Proletariat müssen viele durch günstige Arbeitsbedingungen erst emporgehoben werden, um mit aller Macht kämpfen zu können.

Mehr Schutz für die arbeitende Frau in der Industrie und Landwirtschaft gegen die unmenschliche Ausbeutung durch das Kapital verlangen wir deshalb. Alle Kräfte wollen wir anspannen, damit wenigstens mit den größten Mühsäßen aufgeräumt wird, unter denen Proletarierinnen seufzen. Getragen und geschoben von dem Willen des Proletariats, versuchen es die Vertreter der arbeitenden Bevölkerung in den Parlamenten und Kommuneverwaltungen immer und immer wieder, dem Unternehmertum die Ausbeutungsfreiheit zu beschneiden, die Lohn- und Arbeitsbedingungen wie die hygienischen Verhältnisse zu verbessern, unter denen die Frau fronden muß. Aber die schönsten Bestimmungen bleiben Papierfetzen, wenn nicht starke proletarische Organisationen ihnen Leben einhauchen. Und auch dann werden oft genug die sozialen Verhältnisse stärker sein als gutgemeinte Paragraphen und Verordnungen. Die Gesetzesbestimmungen über den Wöchnerinnen- und Kinderschutz beweisen es. So wird der Blick der schaffenden und ausgebeuteten Frauen immer aufs neue von den Leiden und Ungerechtigkeiten dieser kapitalistischen Ordnung auf die Notwendigkeit gelenkt, die Art an die Wurzel aller Übel zu legen, die bürgerliche Gesellschaft zu beseitigen.

Das weibliche Proletariat muß sein eigener Erlöser sein! Die Unfreiheit der Arbeit ist die Quelle aller Not und Rechtlosigkeit, ihr Proletarierinnen. Macht die Arbeit frei, so sind auch die Arbeitenden frei, Mann und Weib. Der Kapitalismus ist der Feind! Nicht gegen den Mann, sondern Schulter an Schulter mit dem Mann und Arbeitsbruder führt den Kampf! Merket: gleichwertig seid ihr dem Manne! Darum kämpft für euer volles Menschentum; brecht die politische Unfreiheit, verlangt euer volles Bürgerrecht, damit ihr gleichgerüstet wie der Mann gegen wirtschaftliche und soziale Sklaverei kämpfen könnt. Gleiches Recht für Mann und Weib! Sinein in die politischen und gewerkschaftlichen Kampforganisationen des arbeitenden Volkes!

Noch stehen in Württemberg Tausende und aber Tausende Frauen und Mädchen der Sozialdemokratie, den Gewerkschaften fern. Rasch revolutioniert, jekt auch hier der Kapitalismus die wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse, jagt die Frau in die Fabriken und Werkstätten und zwingt sie, die

Hauptlast landwirtschaftlicher Arbeit zu tragen. Die Auflärung der proletarischen Frau, ihre Schulung und Einreihung in die Befreiungsarmee ihrer Klasse ist für die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften zur zwingenden Notwendigkeit geworden. Der Mann allein wird die kapitalistische Zwingsburg nie und nimmer brechen. Das Werk der Befreiung des Proletariats müssen Mann und Weib zusammen vollbringen. Darum: an die Arbeit! m.

Die Toten mahnen.

Im Oktober 1909 wurde zu Nürnberg der Drechsler Wendler durch Streikbrecher meuchlings ermordet, am 27. Juli 1912 streckte zu Ragnit in Ostpreußen der Revolverschuh eines Gendarmen den Sägereiarbeiter Giro-lath nieder. Beide Fälle hatten einen Streik zum Schauplatz, spielten sich also auf dem Boden des gewerkschaftlichen Massenkampfes ab, der in Nürnberg in einer Zellulosefabrik, in Ragnit in einer Kistenfabrik entbrannt war. In dem ersten Falle waren es „staatsbehaltende Elemente“, die sich ungehindert mit Messer und Dolch bewaffnen und betätigen durften, in dem anderen war es der Staat selbst, der einen Totschlag beging.

Aber in einem unterschied sich der Nürnberger doch von dem Ragniter Fall: in Nürnberg durften die Arbeiter ihrem ermordeten Kameraden die letzte Ehre erweisen, sie durften durch ihren Aufmarsch beim Leichenbegängnis zeigen, daß sie eines Willens seien, einig auch in der Beurteilung der feigen Mörder. Auch in Ragnit haben die Arbeiter in jenen Tagen gelobt, zusammenzutreten gegen die heilige Allianz von Kapital, Staat und Staatskirche. Denn hier hat man es ihnen mit blutigen Lettern ins Gedächtnis geschrieben, daß diese drei zusammenhalten, wenn es den Kampf gegen die aufwärtsstrebende Arbeiterschaft gilt. Ein Kriegsmann hatte den Arbeiter getötet, und als die Bevölkerung darüber in Erregung geriet, da kam nicht ein gerechter Richter, um den oder die Schuldigen zu finden. Nein, da kam Kriegsvolk von Tilsit, einige Züge stark: ein Hauptmann, Leutnants und Söhne des Volkes im Waffenrock, um ihre Brüder im Arbeitskittel mit Waffengewalt daniederzuhalten und die Arbeitswilligen im Dienste des Kapitals zu schützen.

In die bestreifte Fabrik ward Militär gelegt, vor den Toren standen militärische Wachtposten, und in den sonst so friedlichen Straßen patrouillierten Militärabteilungen. Die Soldaten drangen in Häuser, wo abends ein Fenster offen stand; sie erstürmten ein Gasthaus, in dem sie irrigerweise eine Versammlung Streikender vermuteten, und nicht einmal das Schlafzimmer der Wirtsfrau blieb von ihrer Durchsuchung verschont.

Und als dann der Getötete zu Grabe getragen wurde, da durfte kein Trauerzug ihn begleiten. Der Weg zum Friedhof startete in Waffen, selbst an die offene Gruft drang eine Abteilung Soldaten vor. Stumm mußte der Abschied von dem Freund sein, so wollte es der Staat. Stumm, denn die Geistlichkeit hatte den Eltern abgeschlagen, ihren Sohn und Ernährer zum Grabe zu geleiten. Sie durfte es nicht mit den Mächtigen dieser Welt verderben. Ohne Worte und ohne lauten Abschiedsgruß wurde der Sarg ins Grab gelassen, aber dieses Begräbnis ihres Kameraden unter Militäraufsicht und ohne den im Orte sonst üblichen Geistlichen hat tiefere Spuren in den Herzen der Arbeiter hinterlassen, als es scharfe Reden vermocht hätten.

Eine Woche, nachdem sie mit klingendem Spiel eingezogen, marschierten die Soldaten wieder aus dem Landstädtchen ab. Was sie aber hier zurückließen, das war die Erkenntnis in den Köpfen der Arbeiter, daß sie im heutigen Staate rechtlos sind, daß vom heutigen Staate nur die Unternehmer, die Besitzenden etwas zu erwarten haben, daß aber die Arbeitenden, die Ausgebeuteten auf ihre eigene Kraft angewiesen sind. Wenn man daran zweifeln konnte, ob hier die noch wenig geschulten Kampffreien einer langen Streikdauer geschlossen

standhalten würden, so war diese Frage in dem Augenblick entschieden, als die Staatsgewalt sich offen auf die Seite des Unternehmertums stellte. Die pfeifenden Revolverfugeln, die blinkenden Bajonette und das Blut ihres Kameraden, sie haben die Arbeiter Ragnitz zusammengeschießt.

Und heute ist der Kampf entschieden, entschieden zugunsten der Arbeiter! Entschieden durch die Geschlossenheit der Ausgebeuteten und durch die Macht der hinter ihnen stehenden Organisation. Glänzend hat sich die Zentralisation der Arbeitergewerkschaften bewährt. Die bestreifte Holzschälerei und Zigarrenkisten- und Wickelformenfabrik Brüning & Sohn hatte neben dem Ragnitzer Werke mit etwa 110 Arbeitern und 20 Arbeiterinnen ihr Stammhaus mit 400 Beschäftigten in Langendiebach bei Hanau und eine Filialfabrik in Frankenberg in Sachsen. Sie hätte sich schließlich mit den Erzeugnissen der einen Fabrik über den Ausfall bei der anderen hinweghelfen können. Aber die Arbeiter aller drei Werke gehörten der einen Organisation an, dem Deutschen Holzarbeiterverband, und der Revolververkauf von Ragnitz hatte auch bei ihnen ein Echo ausgelöst. Waren doch auch bei ihnen die Arbeitsbedingungen noch recht verbesserungsbedürftig, die Arbeitszeit lang und der Lohn karg.

So erhoben die Arbeiter Forderungen, erst hier und dann dort, und schließlich kündigten sie gar das Arbeitsverhältnis. Und die Masse der ehemals scheinbar Zaghaften, sie blieb geschlossen, als es darauf ankam, zu handeln und auszuhalten. Das verfehlte seinen Eindruck auf den Unternehmer nicht, und dieser entschloß sich, in Unterhandlungen einzutreten. Am 23. August begannen vor dem Bürgermeister von Hanau die Einigungsverhandlungen, und sie führten vier Tage später zum Abschluß eines Tarifvertrages für alle drei Orte. Der Vertrag bringt an Arbeitszeitverkürzung für Ragnitz, wo bis vor kurzem noch 63 Stunden gearbeitet wurde, eine solche auf 57 Stunden pro Woche, für Langendiebach von 59 $\frac{1}{2}$ auf 56 und für Frankenberg von 58 $\frac{1}{2}$ auf 56 Stunden. Der durch die Arbeitszeitverkürzung entstehende Lohnausfall wird durch Fortzahlung des alten Wochenverdienstes von der Firma gedeckt. Außerdem erhalten die Lohnarbeiter an zwei Terminen je 5 Prozent Lohn-erhöhung. Die Verbesserungen für die Akkordarbeiter betragen insgesamt gegen 14 Prozent. Überstunden werden mit 20 Prozent, Nacht- und Sonntagsarbeit mit 50 Prozent Lohnaufschlag bezahlt. Der Mindestlohn beträgt für männliche Arbeiter über 20 Jahre 33 bis 35 Pf., von 18 bis 20 Jahren 26 bis 35 Pf. und von 16 bis 18 Jahren 20 bis 25 Pf. Für Arbeiterinnen über 20 Jahre 20 Pf. und mehr, von 18 bis 20 Jahren 18 bis 20 Pf., von 16 bis 18 Jahren 15 bis 17 Pf. Für Arbeiter unter 16 Jahren unterliegt die Festsetzung des Lohnes der freien Vereinbarung. Ab 1. September 1914 erhöht sich der Mindestlohn um 5 Prozent und am 1. September 1915 um weitere 2 Prozent. In Frankenberg sind die Mindestlöhne ungefähr um 2 Pf. pro Stunde höher. Obwohl auch diese Sätze im allgemeinen noch recht niedrig sind, bedeuten sie doch einen tüchtigen Fortschritt über den bisherigen Zustand hinaus. Zu beachten ist auch, daß die Stundenlöhne in ihrer jetzigen Höhe während der ganzen Vertragsdauer für volle 60 Stunden pro Woche bezahlt werden. Der sich hiernach ergebende Wochenverdienst wird beim Ablauf des Vertrags entsprechend der dann bestehenden Arbeitszeit in Stundenlohn umgerechnet. Der so ermittelte Stundenlohn gilt alsdann als Mindestlohn. Auf diese Weise ist vorgesorgt, daß die Mindestlöhne in Zukunft beträchtlich gesteigert werden können. Als Einigungsamt gilt bei Streitigkeiten das Hanauer Gewerbegericht.

Die Arbeiter können über diesen Ausgang stolz sein, wenn ihre Freude auch getrübt wird durch das Blutopfer, das der Kampf gefordert hat. Die bürgerliche Presse hat allerdings versucht, den Erschossenen, der selbst nicht einmal zu den Streikenden gehörte, als Angreifer und den Schießenden als in Notwehr handelnd hinzustellen. Aber trotz aller anfäng-

lichen positiven Behauptungen in dieser Hinsicht, wagt jetzt selbst eine landrätliche Berichtigung an die Parteipresse nichts weiter zu behaupten, als daß G i r o l a t h einen Polizeikommissär festgehalten und mit einem stumpfen Gegenstand angegriffen habe. Wäre dem selbst so, es würde zur Abwehr nicht des Revolvers bedürft haben. Aber sogar diese zahme Darstellung durch eine interessierte Seite wird von Augenzeugen entschieden bestritten.

Daß schon vorher in dem bestreikten Betrieb ein Gendarmerieaufgebot einquartiert wurde und die ganz unnötige Heranziehung des Militärs, zeigt, daß die zuständigen Behörden sich ganz kopflos für Streikbrecher zweifelhafterer Sorte ins Zeug legten — in Ragnitz wurden Hamburger „Siebenmonatfinder“ verwendet. Gendarmen und Militär haben die kämpfenden Arbeiter nicht einzuschüchtern vermocht, und auch die Eingebürdigen haben die Stätte ihres Wirkens wieder ruhmlos verlassen müssen.

Wie nach dem Tode des Drechslers W e n d l e r in Nürnberg, so steht auch jetzt in Ragnitz die Arbeiterschaft geschlossen da wie vordem. Selbst die 16 von den 20 Arbeiterinnen in Ragnitz, die diesmal in Verkennung ihrer Lage dem Kampfe noch fern blieben, dürften nun begreifen lernen, was ihre der Organisation auch erst neu gewonnenen Arbeitsschweftern in Langendiebach und Frankenberg schon diesmal erfährt hatten und woran uns die Toten von Ragnitz und Nürnberg immer mahnen sollen: Nur die E i n i g k e i t kann die Arbeiterklasse vorwärts führen! sk.

Aus der Bewegung.

Aus den Organisationen. In der letzten Mitgliederversammlung unserer Parteiorganisation in Schwerin i. M. ist beschlossen worden, wieder wie früher Frauenabende regelmäßig abzuhalten. Die Genossinnen hoffen, daß durch diese Zusammenkünfte ein festeres Band zwischen den weiblichen Organisierten geknüpft wird, so daß die hiesige proletarische Frauenbewegung nicht nur ihre alte Höhe wieder erreicht, sondern sie noch durch weitere Fortschritte überholt. Es wurde ferner ein aus Frauen bestehender Ausschuß gewählt, der außer den Vorbereitungen für die Frauenabende auch die Agitation auf allen Gebieten unserer Frauenbewegung in die Wege zu leiten hat. Besonders soll er die Agitation übernehmen für den Besuch öffentlicher Frauenversammlungen, für die Werbung neuer Mitglieder der politischen und gewerkschaftlichen Organisation und die Verbreitung der „Gleichheit“. Viele und schwere Arbeit erwartet ihn unter den Bedingungen, wie sie in der Haupt- und Beamtenstadt Schwerin vorliegen. Der Eifer und die Zähigkeit der Genossinnen werden die Schwierigkeiten zu überwinden wissen. e. t.

Jahresbericht der Genossinnen Leipzig. Das abgeschlossene Tätigkeitsjahr war auch für die Genossinnen des zwölften sächsischen Reichstagswahlkreises sehr arbeitsreich. Während des Reichstagswahlkampfes wurden eine Reihe Bezirks- und Kreisversammlungen für die Frauen veranstaltet, die gut besucht waren und uns neue Mitglieder brachten. Unsere Genossinnen haben mit Freuden jede nur mögliche Wahlarbeit geleistet, um den mit allen Mitteln kämpfenden Gegnern den Kreis zu entreißen. Ist dies auch nicht gelungen, so bedeutet die starke Zunahme unserer Stimmen doch immerhin einen Sieg unserer Sache. Man muß bedenken, daß die Schichtung der Bevölkerung in dem hiesigen Kreis für uns immer ungünstiger wird. Die Pfefferfäde und Spießer überwiegen hier, die ungeheure Steigerung der Mietpreise der letzten Jahre drängt mehr und mehr Arbeiter hinaus in den dreizehnten Kreis. Das macht uns ein erfolgreiches Arbeiten immer schwerer, und da gilt es denn doppelt, keinen Augenblick zu erlahmen, sondern mit Anspannung aller Kräfte zu agitieren und zu organisieren. Die Stadtverordnetenwahlen bieten hierzu die beste Gelegenheit, und sie werden verhüten, daß sich nun nach Beendigung der Reichstagswahlen Gleichgültigkeit einnistet. Im Februar begannen wir mit den Diskussionsabenden. Sie fanden erst monatlich, dann aber auf Wunsch der Teilnehmerinnen alle vierzehn Tage statt. Behandelt wurden „Entwicklungsgeschichte“ und „Frauenfragen in der Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft“. Die Unterzeichnete hielt über diese Fragen kurze Vorträge und daran schlossen sich rege Erörterungen unserer Genossinnen. Trotzdem die Frauen sich den Abend für ihre Schulung

nur unter großen Opfern freimachen können, so hat sich doch bereits ein fester Stamm von Genossinnen gebildet, die auf diese Bildungsmöglichkeit nicht verzichten möchten. Die Abende waren durchschnittlich von 35 Genossinnen besucht. Während der Schulferien mußten wir mit den Diskussionsabenden aussetzen, weil die Ferientage und Kinderspieltage zu viel Zeit und Kraft in Anspruch nahmen. Diese Einrichtung, die sich außerordentlich bewährt, ist von hohem erzieherischen Werte. Wie glänzen die Augen der Kinder beim fröhlichen gemeinsamen Spiel unter der sachkundigen Leitung von Genossinnen. Wie glücklich waren die Kleinen auf den Ausflügen, und wie schmedte ihnen im Freien in großer Gesellschaft das Essen, das ihnen verabfolgt wurde. Die Zahl der Kinder bei diesen Veranstaltungen betrug durchschnittlich 135, und am Kinderfest nahmen 1240 teil, die sich alle trotz des Regenwetters in unserem schönen, geräumigen Volkshaus aufs Beste unterhielten. Solange das Wetter es nur gestattet, sollen die Kinder Spiele jeden Mittwochnachmittag stattfinden. Auf diese Weise tragen wir unser Teil dazu bei, unsere Kinder zu einem gesunden Geschlecht zu erziehen, das sich nicht ausbeuten und duden läßt.

Berta Pollender.

Jahresbericht der Genossinnen des 16. sächsischen Reichstagswahlkreises für 1911/12. In der ersten Hälfte der Berichtszeit waren alle Kräfte im Dienste der Stadtverordneten- und Reichstagswahl angepannt, deshalb konnten die Genossinnen erst nach der großen Wahlkampagne daran denken, die proletarische Frauenbewegung im besonderen zu fördern. In einem schwach besuchten Diskussionsabend wurde beschlossen, in allen Bezirken die organisierten Frauen zu Vespredungen einzuladen. Die Unterzeichnete versuchte dort durch einen kleinen Vortrag „Unsere Zukunftsaufgaben“ mehr tätige Genossinnen zur Mitarbeit zu gewinnen. Das gelang. Allenthalben wurden Gruppenführerinnen gewählt, denen ein Stab weiblicher Vertrauenspersonen zugesellt wurde. Es begann nun eine planmäßige Agitation, um weibliche Mitglieder zu werben. In einigen Bezirken war die Hausagitation sehr wirksam, in anderen wieder wurden Versammlungen einberufen, zu denen man die Frauen der Genossinnen und nicht organisierte „Gleichheit“-Leserinnen brieflich oder persönlich einlud. In beiden Fällen leistete uns die kleine Broschüre „Bist du eine der Unreigen?“ wertvolle Dienste. Wir haben sie in 5000 Exemplaren bezogen. Rühmend müssen wir auch anerkennen, daß uns die leitenden Genossen in den einzelnen Bezirken und im Parteisekretariat gute Förderung zuteil werden ließen, indem sie Einladungsettel für uns herstellten, Listen herauszogen oder Adressen schreiben halfen. Darüber hinaus sind einige ländliche Bezirksvereine Vorbildlich vorangegangen. Sie haben unter anderem entweder monatliche Frauenversammlungen mit Vortrag oder Diskussionsabende eingerichtet, um die gewonnenen Genossinnen im Sozialismus zu unterrichten und für die Bewegung zu schulen. Die fünf großen Versammlungen des Frauentags, die sämtlich von einem Bureau aus Genossinnen zusammengestellt geleitet wurden, brachten einen erheblichen Mitgliederzuwachs, außerdem wurden 1000 Stück Wahlrechtszeitungen abgesetzt. Am Jahreschluss zählten wir 1341 organisierte Genossinnen gegen 521 im Vorjahr. Die tätigen Genossinnen haben in ihrer berechtigten Freude über den heißer kämpften Fortschritt nicht vergessen, daß trotzdem noch viel Arbeit zu leisten ist, denn unter 15 000 Parteimitgliedern ist das Häuflein der Frauen noch gar klein. Immerhin können wir dem Parteitag mit Erfolgen gegenüberreten. Es hat im letzten Jahre nicht an Ereignissen gefehlt, die den Boden für unsere Werbetätigkeit günstig gestalteten, so die Metallarbeiterausperrung und die außerordentliche Lebensmittelteuerung. Auch im laufenden Jahre wird es in letzter Beziehung eher schlimmer als besser. Hohe Mieten und unerschwingliche Fleischpreise öffnen aber vielen die Augen, die bis dahin nicht sehen wollten, und es gilt, die Zeit zu nützen.

Im 16. Kreise sind jetzt in 8 Bezirksvereinen 10 weibliche Vorstandsmitglieder tätig, außerdem sitzt eine Genossin im Kreisvorstand, zwei gehören dem Bildungsausschuß an und zahlreiche sind die Genossinnen in der Kinderschulkommission vertreten. Mit Dank an alle, die ihre Kräfte opferwilligst in den Dienst der Organisation stellten und dem Wunsche, sie möchten das fernerhin tun, schließe ich diesen Bericht in der Hoffnung, daß der nächstjährige noch günstiger ausfallen möge.

Martha Schlag, Chemnitz.

Weibliche Delegierte zur Landesversammlung der Sozialdemokraten in Sachsen. An der Tagung, die am 18. August stattfand, nahmen neun Genossinnen als Delegierte teil. Sie waren von den Parteiorganisationen zu Leipzig, Dresden,

Chemnitz, Zwickau und dem achtensächsischen Reichstagswahlkreis entsendet. Eine Genossin gehörte als Schriftführerin dem Bureau an, das die Verhandlungen leitete, eine andere wurde in die Mandatsprüfungskommission gewählt. In alledem zeigt sich, daß die proletarische Frauenbewegung in Sachsen gute Fortschritte gemacht hat.

Den Jahresbericht der Kinderschulkommission Mannheims erstattete die Vorsitzende Genossin Hoffmann in der Jahresversammlung der sozialdemokratischen Frauen Ende Juli. Ist die Arbeit der Kinderschulkommission nach außen hin auch nicht allzu sehr hervorgetreten, so zeigte doch der Bericht, wieviel Gutes diese zum Schutze der Kinder gewirkt hat. Alle Fälle, die in den Tätigkeitsbereich der Kommission fielen, wurden auf das sorgsamste untersucht und dann auf dem schnellsten Wege erledigt. Da die Kommission nicht nur der gewerblichen Ausbeutung der Kinder entgegenzutreten, sondern die Kleinen auch vor Mißhandlungen und Verwahrlosungen zu schützen hat, so mußte sie sich oft in Verbindung setzen mit der Armen-, Schul- und Polizeibehörde und dem Vormundschaftsgericht, und sie hat bei diesen Behörden stets Unterstützung gefunden. Burden Kinder, es handelte sich namentlich um Pflegekinder, mißhandelt, so wandten wir uns an das Sekretariat der Armenverwaltung, und mit dessen Hilfe konnten die Mißstände rasch abgestellt werden. Einmal hatten wir uns mit einem Sittlichkeitsvergehen gegen ein elfjähriges Kind zu befassen. Wir sorgten stets dafür, daß Pflegekinder, die eine unzulängliche Erziehung durch Pflegeeltern erhielten, anderweitig untergebracht wurden. Auch auf dem Gebiete des Schulwesens ist unsere Kommission unter Mitwirkung des Stadtschulrats tätig. Ferner haben sich die Mitglieder der Kommission vorgenommen, während der Sommerferien mit den kleineren schulpflichtigen Kindern wöchentlich einen oder zwei Spaziergänge zu unternehmen. Dadurch sollen die Ferien auch für solche Kinder, die die Ferien nicht auf dem Lande verleben dürfen, möglichst genutzbar gestaltet werden. Die Erfolge unserer Tätigkeit zeigen, daß wir den richtigen Weg eingeschlagen haben zur Lösung unserer Aufgabe, und auf diesem Wege wollen wir auch weiterarbeiten, zum Wohle der heranwachsenden Jugend. St. H.

Politische Rundschau.

„Die Grenzen bleiben gesperrt, die verbündeten Regierungen werden nichts gegen die Fleischsteuerung tun — die Massen mögen auf das Fleisch verzichten, wenn sie es nicht bezahlen können.“ Das ist der wesentliche Inhalt der Antwort, die die Reichsregierung in ihren berufenen Organen, der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ und den „Berliner Politischen Nachrichten“ auf den allgemeinen Ruf der Bevölkerung nach Öffnung der Grenzen, nach Abhilfe der Not gegeben hat. Die alten, seit 1906 längst verschimmelten Ladehüter, das Gerede von der vorübergehenden Erschöpfung, von der sicheren Aussicht auf baldige Abwendung der Teuerung, von der Gefahr für die Gesundheit des nationalen Viehes und also für Deutschlands Fleischversorgung, falls das verseuchte Vieh des Auslandes über die Grenze darf, von der Allgemeinheit der Teuerung, so daß die Freigabe der Einfuhr nichts helfen würde, alle diese schon duzendmal gehörten und widerlegten Ausreden marschieren auch jetzt wieder auf in den Leitartikeln der Regierungsblätter. Jedermann weiß, daß die Fleischsteuerung seit bald einem Jahrzehnt in Deutschland eine ständige Erscheinung ist und daß alle paar Jahre die Teuerung sich zur Fleischnot steigert, jedermann weiß, daß ausländisches Vieh unter solchen Vorkehrungsmaßnahmen eingeführt werden kann, daß eine Verseuchung des nationalen Viehbestandes ausgeschlossen ist — liefert doch dafür den Beweis die bekannte Durchbrechung der Grenzsperrre in Oberschlesien, wo russisches Vieh zur Abschachtung ins Rattowitzer Schlachthaus gebracht werden darf. Und was die Behauptung von der Allgemeinheit der Teuerung anbelangt, so ist sie freilich richtig, aber sie beweist lange nicht das, was die Offiziösen damit beweisen wollen. Die Fleischpreise, wie überhaupt die Preise der meisten und wichtigsten Lebensmittel, stiegen allerdings in allen Kulturländern, auch im freihändlerischen England, auch in den Vereinigten Staaten von Nordamerika, deren Landwirtschaft einst der deutschen gefährlichen Wettbewerb machen konnte. Diese internationale Erscheinung zu beseitigen, dazu sind die Regierungen der kapitalistischen Staaten allerdings außerstande. Denn diese internationale Teuerung ist einer der hervorsteckendsten Wesenszüge des Imperialismus, der letzten Epoche des Kapitalismus, in die wir eingetreten sind. Es ist eine jener Erscheinungen, die uns zeigen, daß das kapitalistische System bereits mit den Bedürfnissen

der Gütererzeugung in Widerspruch geraten ist, daß es ihre Entwicklung nicht mehr fördert, sondern hemmt. Die Jugendepoche des modernen Kapitalismus war die der billigen Preise, die den Kleinbetrieb, das Handwerk ruinierten. Der Umschlag, die Teuerung, ist eine Alters-, eine Verfallserscheinung des Kapitalismus, die uns freilich beweist, daß er bald dem Sozialismus weichen muß, die aber vorher noch viel Leiden über die Massen bringt, damit aber auch die Aufklärung, die Revolutionierung der Massen beschleunigen wird. Die Ursache dieser internationalen Teuerung ist die fortschreitende Industrialisierung der Welt. Die Industrie, die die ganze Welt erobert, häuft große Menschenmassen in den Städten an, die vom Lande mit Nahrung versorgt werden müssen; sie entzieht der Nahrungsmittelerzeugung große Flächen, die für den Anbau industrieller Rohstoffe gebraucht werden. Und während die Technik der Industrie sich beständig vervollkommnet, bleibt die der Landwirtschaft im wesentlichen stehen, und wenn Fortschritte gemacht werden, können sie nur zum kleinsten Teile angewendet werden, weil die vielen Kleinbetriebe der Bauern für ihre Ausnutzung meist zu beschränkt und kapitalarm sind und den kleinen Bauern zudem die notwendige wissenschaftliche Schulung zu ihrer Anwendung fehlt. Auf den großen Gütern unserer Junker aber fehlt der Anreiz zur fortschrittlichen Betriebsführung, solange ihnen die jetzige Zollwucher- und Grenzsperrpolitik auf bequemere Weise hohe Gewinne sichert. So kann die Nahrungsmittelerzeugung nicht Schritt halten mit den gesteigerten Bedürfnissen der wachsenden Industriebevölkerung. Und da jene Länder, die bislang noch als vorwiegende Ackerbaustaaten als die Nahrungsmittel-Lieferanten der Industrieländer dienen konnten, nun dank dem Ausdehnungsdrang des Kapitalismus auch industrialisiert werden, so wird das Steigen der Preise eine Erscheinung, die für die ganze Kulturwelt eintritt. Dem können die Bethmann Hollweg und auch fähigere Staatsmänner Europas und Amerikas natürlich nicht abhelfen, denn das ist eines der notwendigen Ergebnisse der Entwicklung der kapitalistischen Wirtschaft — und diese Wirtschaftsform wollen die Herren ja alle um jeden Preis erhalten. All ihr Sinnen geht ja dahin, den Sozialismus fernzuhalten, den einzigen, der die internationale Teuerung beseitigen kann und der sie einst auch beseitigen wird.

Wenn heute aber die Arbeiterklasse in Deutschland gegen die Teuerung sich auflehnt und von der Regierung des Reiches Gegenmaßnahmen fordert, so verlangt sie von den Bethmann Hollweg und Konforten nichts, was sie als Diener des kapitalistischen Systems nicht leisten könnten. Denn sie fordert nicht die Beseitigung der Teuerung schlechtweg, sondern die Beseitigung der Aberteuerung. Denn das deutsche Volk wird über das Maß der internationalen Teuerung hinaus bedrückt durch die Wucherzölle und die Grenzsperr, die das Darben und Hungern der Massen zu einer Goldgrube für die Junker machen. Die Teuerung ist allgemein — gewiß. Aber Deutschland geht dabei der Welt voran. Deutschland hat die höchsten Vieh- und Fleischpreise der Welt. Das im Preise gestiegene Vieh und Fleisch der Nachbarländer ist immer noch erheblich billiger als das deutsche. Es ist daher reiner Schwindel, wenn die Offiziösen behaupten, die Aufhebung der Fleisch- und Viehzölle, die Freigabe der Fleisch- und Vieheinfuhr — unter den gebotenen Kontrollmaßnahmen gegen die Einschleppung von Viehseuchen und von gesundheitschädlichem Fleische — könne nichts helfen, da die Preise jenseits der Grenze auch hoch ständen. Jeder Vergleich ergibt, daß ein ganz erheblicher Unterschied zuungunsten Deutschlands besteht. Nichtsdestoweniger scheuen sich die Regierungsblätter — von den Organen der Junker, der Landbändler ganz zu schweigen — durchaus nicht, die Sache so darzustellen, als wenn die Öffnung der Grenzen nichts helfen könnte. Auch in der bayerischen Kammer hat bei der Beratung der sozialdemokratischen Fleischnotinterpellation der Minister v. Soden — der Ministerpräsident v. Hertling hielt es nicht für nötig, zu erscheinen — dies Sprüchlein richtig heruntergebetet und hat es dabei auch nicht an den nötigen Hinweisen fehlen lassen, daß die stetigen Forderungen der Arbeiter nach höherem Lohne ein gut Teil Schuld an der Teuerung tragen. Kurz, der bayerische Minister v. Soden hat ganz wie ein Angestellter des Bundes der Landwirte, wie ein Vertreter der Junker gesprochen, der er ja auch ist. Und es ist offenkundig, daß dies der Standpunkt auch der Reichsregierung ist, denn die Verantwortung der Interpellation ist ausdrücklich um einige Tage verschoben worden, damit die bayerische Regierung sich erst mit der des Reiches oder richtiger mit der preussischen Regierung verständigen konnte. Fraglich kann höchstens sein, ob Bethmann Hollweg auch bereit ist zu dem einen kleinen, unzulänglichen Verlegenheitszugeständnis, das die bayerische Zentrumsregierung mit Rücksicht auf die christlichen

Arbeiter bei der Reichsregierung befürworten will, um dann alle weiteren Maßregeln abschlagen zu können. Nämlich die Einführung ausländischen Gefrierfleisches. Die ist zwar auch jetzt nicht verboten, aber sie scheitert einmal an den hohen Zöllen und besonders an der schikanösen Vorschrift des Fleischbeschaugesetzes. Nach dieser Vorschrift darf Fleisch aus dem Ausland nur in mindestens halben Tierkörpern eingeführt werden, und es müssen damit die inneren Organe, wie Leber, Därme usw., verbunden sein. Diese Eingeweide verderben aber viel schneller als das Muskelfleisch und übertragen also, wenn sie nicht vom Tierkörper gelöst werden dürfen, leicht die Fäulnis auf ihn über. Daher macht obige Vorschrift die Einführung des gefrorenen Fleisches unmöglich. Nun hat der bayerische Minister allerdings erklärt, daß die bayerische Regierung auch für eine entsprechende Abänderung der Fleischbeschaubestimmungen eintreten wolle, wenn jene Bestimmungen wirklich die Einfuhr gefrorenen Fleisches verhindern sollten. Im besten Falle ist das eine Vertröstung auf längere Sicht, denn allzu schnell wird die Bürokratie mit dieser wichtigen Frage nicht fertig werden. Und natürlich wird das Geschrei der Junker darüber anheben, daß die Gesundheit des deutschen Volkes in Gefahr gebracht wird, da dann der Zustand des Fleisches nicht mehr genau genug zu erkennen sei. Natürlich gilt die Sorge dieser Herrschaften lediglich ihrem Geldbeutel, die Gesundheit des deutschen Volkes kann ruhig durch Unterernährung, durch Fleischnot geschädigt werden, das kümmert sie wenig. Von einer Gesundheitsgefahr durch die Einfuhr des Gefrierfleisches kann aber bei sachgemäßer Kontrolle gar keine Rede sein, wie schon England beweist, wo dieses Fleisch seit Jahrzehnten gegessen wird, ohne daß schädliche Folgen eingetreten wären. Jedenfalls aber genügt die Einfuhr von Gefrierfleisch — wenn sie überhaupt zustande kommt — durchaus nicht, um die Fleischnot zu heben. Auch die Öffnung der Grenzen für Vieh und die Beseitigung der Vieh- und Fleischzölle muß durchgeführt werden. Dies ist das Ziel der großen Protestbewegung, die die Sozialdemokratie im ganzen Reiche eingeleitet hat. In vielen Städten haben eindrudsvolle Massenversammlungen stattgefunden und finden noch statt. Dies gewaltige Aufgebot der Massen und eine Reihe anderer Kundgebungen des Unwillens, wie Fleischboikotte, wie Marktkrawalle in Schlesien und die lauten Schreie der Fleischer, die ihre Kundschaft bei ihren hohen Preisen derart dahinschmelzen sehen, daß viele der am wenigsten kapitaltätigen schon den Laden schließen mußten, sollten den deutschen Regierungen begreiflich machen, daß nunmehr durchgreifende Maßregeln vonnöten sind. Aber die deutschen Regierungen sind taub, weil ihnen die Junker zu hören verbieten. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ brachte es in diesen Tagen der allgemeinen Empörung fertig, die Fleischsteuerung auf die höheren Ansprüche zurückzuführen, die die Massen ans Leben zu stellen wagen. Das Fleisch, so erzählte das Blatt Bethmanns, wird teuer, weil eben viel Fleisch gegessen und gefordert wird, und deshalb, so schlussfolgerte das offiziöse Blatt, ist die Teuerung ein erfreuliches Ergebnis unserer Wirtschaftspolitik. Das ist die Sprache, die ein Regierungsblatt zu führen magt. Die Sozialdemokratie wird dafür sorgen, daß sich das Volk diesmal eine solche Verhöhnung seiner Not durch die Herrschenden nicht gefallen lassen wird. H. B.

Gewerkschaftliche Rundschau.

Die Beurteilung eines der wichtigsten gewerkschaftlichen Kampfmittel, des Boykotts, durch die Gerichte fordert den schärfsten Widerspruch heraus. Bisher hatte das Reichsgericht in seiner Rechtsprechung stets den Grundsatz aufgestellt, daß der Boykott an sich keine unerlaubte Handlung und kein Verstoß gegen die guten Sitten ist. Dazu wird er nach dieser Instanz nur dann, wenn der durch ihn verfolgte Zweck unberechtigt, die Art seiner Durchführung unzulässig ist oder der durch den Boykott angehtete Schaden zur völligen Vernichtung des Gegners führt oder im Mißverhältnis zu dem erstrebten Ziele steht. Allerdings beachteten andere Gerichte diese Rechtsauffassung des obersten Gerichtes sehr selten. Nunmehr sind auch beim Reichsgericht andere Zeiten eingezogen. Es hat den Rechtsboden völlig verlassen, auf den es sich früher in sachlicher Würdigung dieses Kampfmittels der Arbeiter gestellt hatte. Die Bedürfnisse der Unternehmer und das Drängen der Kaufleute verfehlten schließlich ihre Einwirkung auf ihre Klassengenossen auch auf den höchsten Richtersthronen nicht. Bekanntlich hatte der Schneiderverband einen Kampf gegen die Heimarbeit in der Herrenkonfektion eingeleitet und die Herstellung der Maß- und Lagerkonfektion in den Betriebswerkstätten verlangt. Zur Durchführung dieser Forderung wurde mit Hilfe der Partei der Boykott

über verschiedene Geschäfte verhängt, die mit Arbeiterleidung handeln, die in der Heimarbeit angefertigt wird. Einer der vom Boykott betroffenen Geschäftsleute erhob Klage mit der Begründung, daß dieser Boykott wider die guten Sitten verstoße. Der höchste deutsche Gerichtshof sprach auch wirklich eine Verurteilung aus. Kennzeichnend für das soziale Verständnis unserer höchsten Richter ist vor allem die gänzlich haltlose Begründung des Urteils. Zuerst muß das Reichsgericht in diesem zugeben, daß die Heimarbeit mit schweren Abeln verbunden ist, daß in ihr schlechte Löhne gezahlt, Kinder schon in frühestem Alter zur Arbeit herangezogen werden und die Arbeitsräume, weil sie zugleich als Koch-, Schlaf- und Wohnräume dienen, unhygienisch sind. Dann aber erklärt es, daß die Heimarbeit eine Erwerbsmöglichkeit für viele Arbeiter und Arbeiterinnen bietet, namentlich aber für solche, die sich nicht im Vollbesitz ihrer Arbeitskraft befinden. Eine Abschaffung der Heimarbeit werde allen in ihr beschäftigten Personen schmerzhaften Eintrag tun. Wegen dieser einander entgegenstehenden Interessen, und auf beiden Seiten schutzwürdig seien, mühten Gesetgeber und Verwaltungsbehörden mit der größten Behutsamkeit und Zurückhaltung an die Regelung der Heimarbeit herangehen. Es wäre unerträglich und deshalb sittlich unzulässig, wenn eine Gruppe einseitig Beteiligten es unternehmen wollte, so bedeutungsvolle und weittragende Fragen der Wirtschaftspolitik vermöglicherweise in ihre Hand gegebenen Machtmittel zum Schaden anderer Volksteile auf dem Wege des Zwanges und der Geschäftsperre gewalttätig auszuüben. Bis zu den Ohren der hohen Herren in Leipzig scheint der Lärm der tausendfachen Kämpfe vieler Bevölkerungsschichten um sozialen Schutz noch nicht gedrungen zu sein. Fast alle Bevölkerungsschichten bis zu den akademischen Ständen hinauf kämpfen um die Beseitigung beruflicher Übelstände und wenden dabei auch das Mittel der Selbsthilfe an. Nur sehr wenige besitzen die selbstzufriedene Nachwächertugend oder können warten, bis der Vater Staat mit „größter Behutsamkeit und Zurückhaltung“ für sie etwas tut. Wenn — wie in diesem Urteil ausgesprochen ist — organisatorische Selbsthilfe verboten sein soll, dann mühten nicht allein die Gewerkschaften ihre Tätigkeit völlig einstellen, sondern jedes Bestreben irgendwelcher sozialer Schichten mühte aufhören, ihre Lage unter Anwendung irgend welcher organisatorischer Mittel zu verbessern. Die soziale Selbsthilfe wäre erwürgt und alles würde mit verklärtem Blicke zum Regierungshimmel emporblicken, von dem die soziale Besserung kommen soll. Nun sind aber die Fortschritte der Sozialpolitik nicht durch das Vorangehen des Staates erreicht worden, sondern erst durch den Druck der vorwärtsdrängenden Arbeiterbewegung. Und zur Beseitigung sozialer Übelstände haben die Betroffenen nicht nur das Recht, sondern sogar die sittliche Pflicht, auf dem Wege der Selbsthilfe vorzugehen.

In der Nahrungsmittelbranche muß die Arbeiterschaft gerade jetzt wieder Gebrauch von der Waffe des Boykotts machen. Die Kafesfabrik von Harry Trüller in Celle verweigert ihren Arbeitern gerechte Arbeitsbedingungen, und der Inhaber wies jede Vermittlung zurück, auch die des Generalsekretärs der Konsumvereine, dessen Lieferant die Firma ist. Wir haben bereits früher auf den Fall und die Pflicht der Proletarier hingewiesen. Gleichfalls muß der Boykott verhängt werden über die Firma Heine & Co. in Halberstadt, Spezialfabrik für Halberstädter Würstchen. Hier werden den Fleischergesellen bescheidenere Forderungen abgeschlagen. Dabei soll die Fabrik im letzten Jahre 300 000 Mk. Überschuf erzielt haben. Auch hier wurde die Vermittlung des Sekretärs der Konsumvereine abgelehnt.

Die Bremer Tabakarbeiter haben den Fabrikanten eine Forderung auf zehnprozentige Lohnerhöhung eingereicht. Eine Antwort steht noch aus.

Die bürgerliche Presse berechnet zurzeit mit großem Fleiße die Kosten des letzten Wergarbeiterausstandes und erkrankelt nicht, daraus weise Schlussfolgerungen für die Arbeiter zu ziehen, deren Wohl ihr ja so sehr am Herzen liegt. Nach den Angaben des Oberbergamtes in Dortmund ist für die Bergleute, die an diesem großen zehntägigen Streik beteiligt waren, ein Lohnausfall von beinahe $4\frac{1}{2}$ Millionen Mark entstanden. Dazu kommen noch $4\frac{1}{10}$ Millionen Mark Lohnverlust aus den Strafschichten. Der Schaden, der den Grubenbesitzern aus der verminderten Kohlenbeförderung erwuchs, wurde noch nicht angegeben. Und zahlenmäßig nicht zu erfassen ist der Verlust, den die Industrie infolge Kohlenmangels erlitten hat. Groß ist natürlich das Gewimmer über den „frivolen Streik“, durch den die Arbeiter geschädigt wurden, und über „den Schaden am Nationalreichtum“.

Die Arbeiter danken für dieses heuchlerische Mitleid. Es bestätigt ihnen nur, daß ein gut organisierter Kohlengräberstreik die nachhaltigste Wirkung auf unser Wirtschaftsleben und die bürgerliche Gesellschaft auszuüben vermag, und daraus werden sie die richtige Nutzenanwendung schon zu ziehen wissen. #

Aus der Textilarbeiterbewegung. Im Frühjahr d. J. wurde in den Göttinger Buntwebereien eine Lohnbewegung geführt, die den Webern neben anderen Zugeständnissen eine Lohnerhöhung von 1,20 Mk. in der Woche brachte. Die Arbeiterinnen mühten damals ihre Forderungen fallen lassen, da sie zu mangelhaft organisiert waren. Bei der Firma Buh & Söhne wurden die Forderungen der Arbeiterinnen später wieder aufgenommen. Die Firma machte jedoch keine Zugeständnisse, und die Arbeiterinnen traten, nachdem sie vorher gekündigt hatten, am 17. August in Streik. Einige Tage später erschien in allen acht Göttinger Buntwebereien folgender Anschlag:

„Die Kollerinnen und Spulerinnen der Firma Buh & Söhne dahier haben bei derselben Forderungen auf Erhöhung der bestehenden Lohnsätze gestellt. Diesem Verlangen ist die Firma nach bester Möglichkeit nachgekommen. Trotzdem sind am 17. August die Kollerinnen und Spulerinnen in den Ausstand getreten, wodurch die Firma zu einer erheblichen Einschränkung des Betriebs gezwungen worden ist. Die ausständigen Arbeiterinnen werden vom Deutschen Textilarbeiterverband unterstützt. Unter diesen Umständen sehen sich die übrigen Buntwebereien, insbesondere unsere Firma, außerstande, diejenigen Arbeiter weiter zu beschäftigen, welche dieser Organisation angehören und hierdurch zur Unterstützung der zu Unrecht im Ausstand verharrenden Arbeiterinnen indirekt beitragen. Zur Durchführung der Aussperrung der im Verband deutscher Textilarbeiter Organisierten werden wir am 31. dieses Monats zunächst unseren sämtlichen Arbeitern in der durch die Arbeitsordnung vorgeschriebenen Form kündigen. Wir sind aber bereit, soweit technisch nötig ist, diejenigen Arbeiter, welche uns in glaubwürdiger Weise durch Unterschrift erklären, der fraglichen Organisation weder jetzt anzugehören, noch ihr seit dem 1. Januar 1912 angehört zu haben, weiter zu beschäftigen, ihnen gegenüber die Kündigung als geschehen (?) zu betrachten. Soweit die Weiterbeschäftigung solcher Arbeiter nicht möglich sein sollte, werden wir dieselben — wenn auch ohne Anerkennung einer Rechtspflicht — angemessen unterstützen. Unsere Kündigung ist hinfällig, falls und sobald die Differenzen bei B. Buh & Söhne geendet sein werden.“

Göttingen, 29. August 1912.

NB. Die oben erwähnten Erklärungen nehmen wir schon von heute an auf unserem Kontor entgegen.“

Sind die Forderungen der Arbeiterinnen vielleicht so schwindelnd hohe, daß die Firma sie nicht bewilligen konnte und daß sie einen Aussperrungsbeschluß der Göttinger Unternehmer rechtfertigten? Durchaus nicht! Die Arbeiterinnen fordern kaum eine Mark Lohnerhöhung in der Woche. Wir machen aber gar nicht in erster Linie die Göttinger Fabrikanten für den Aussperrungsbeschluß verantwortlich. Diese Herren, die sich vor den Arbeitern bei jeder passenden oder unpassenden Gelegenheit so gern als die „Herren im Hause“ aufspielen, sind ja schon längst in Lohnfragen als bestimmende Faktoren in ihren eigenen Betrieben ausgeschaltet. Da haben sie nichts „tau seggen“. Der Verband süddeutscher Textilarbeitgeber mit dem Sitz in Augsburg ist es, der in diesem Falle scharf macht und die Aussperrung verfügt. Es ist ein heiliger Grundsatze dieser Unternehmerorganisation, die Löhne und besonders die der Arbeiterinnen auf dem möglichst niedrigsten Stand zu halten. Nach neueren Meldungen beabsichtigen die Augsburger Scharfmacher, die Aussperrung über ganz Württemberg auszudehnen. Welche Gewissenlosigkeit von diesen Ausbeutern, eine solche Aussperrung wegen einer Forderung zu verfügen, die im Jahre kaum 1000 Mk. Mehrkosten verursachen dürfte und die das Gedeihen der Firma Buh & Söhne nicht im mindesten beeinträchtigt. Dieser Beschluß ist ein Schlag gegen die Organisation der Arbeiter. Nur die Organisierten sollen ausgesperrt werden. Das Koalitionsrecht der Arbeiter will man niedertreten. Viel Glück, ihr Herren! Wir fürchten euch nicht! Die Arbeiterinnen mögen es sich aber gesagt sein lassen: sie dürfen jetzt auch keinen Augenblick länger ihrer Organisation gleichgültig gegenübersehen. Wenn es nach dem Willen der Unternehmer geht, werden sie stets nur als Arbeitstiere, niemals aber als Menschen behandelt werden. Aus den kämpfenden Arbeiterinnen der Firma Buh & Söhne muß sich jetzt eine Sturmkolonne bilden, sie müssen ihre Arbeitsschwesterinnen in den Wohnungen aufsuchen, sie aufklären und für den Verband

gewinnen. Dann wird sich der Beschluß der Scharfmacher schließlich erweisen „als die Kraft, die stets das Böse will und doch das Gute schafft“.

Genossenschaftliche Rundschau.

Der Kampf gegen die Konsumvereine wird von den Mittelstandsrettern der verschiedensten Art in der unerschämtesten Weise weitergeführt. Daß die Krämer je mehr schreien, je stärker und wirtschaftlich bedauerlicher die Konsumvereine werden, versteht man ja. Die Leute wissen sich nicht anders zu helfen. Aber sie finden auch Unterstützung in anderen bürgerlichen Kreisen. Das erklärt sich sehr einfach daraus, daß von diesen der sogenannte Mittelstand als politischer Faktor gewertet und daß auf seine Stimmen bei Wahlen von den bürgerlichen Parteien spekuliert wird. Und in den maßgebenden Mittelstandsorganisationen ist nun einmal an die Spitze des Aktionsprogramms der Satz gestellt: Wer unserer Freundschaft sich versichern will, der muß ein unentwegter Kämpfer gegen die verhaßten Arbeitergenossenschaften sein. Obwohl der Kreis der Kleinbürger, der von den Konsumvereinen wirtschaftlich nachteilig berührt wird, doch nur einen verhältnismäßig kleinen Teil des Mittelstandes bildet. Es ist ein demagogischer Kniff, berechnet auf Kurzsichtigkeit und Denkschwäche, wenn fortwährend ein Gegensatz zwischen Konsumvereinen und Mittelstand schlechthin konstruiert wird. Denn bei dem weitaus größten Teile des Mittelstandes überwiegen die Konsumenteninteressen, so daß dieser große Teil eigentlich gar keine Veranlassung hätte, mit gegen die Konsumvereine zu wüten. Doch er wird in Deutschland künstlich von diesen ferngehalten, indem man sie als politisch und sozialdemokratisch brandmarkt. Die Arbeiter brauchen sich darum nicht zu grämen, aber feststellen muß man dieser Sachverhalt doch von Zeit zu Zeit, um die Legende zu zerstören, daß der gesamte Mittelstand ein Interesse an der Bekämpfung und Vernichtung der Konsumvereine habe. Das große Heer der unteren schlecht bezahlten Reichs-, Staats- und Gemeindebeamten wird von oben zu seinem und seiner Familien Schaden geflistetlich davon abgehalten, sich großen, leistungsfähigen Konsumvereinen anzuschließen, damit es dem Krämer die fargen und sauer verdienten Groschen in den Laden trägt. Aus „nationalen“ Gründen werden so die Beamten in ihren staatsbürgerlichen Rechten beeinträchtigt.

In den Sommermonaten hat man auf Kongressen der Mittelständler den Mund besonders weit aufgerissen. Ein abschreckendes Beispiel dafür bot Ende August die 25. Hauptversammlung des Zentralverbandes für Handel und Gewerbe in Hannover. Der Vorsitzende, ein Leipziger Stadtrat namens Seifert, erstattete einen „Bericht“, der von Sachkenntnis ungetrübt war und jegliches Billigkeitsgefühl vermischen ließ. Nach seiner Meinung taugen die Konsumvereine nichts, am besten wäre, sie existierten nicht. Natürlich sprach er sich auch gegen eine Erweiterung der Sonntagsruhe aus und zeterete gegen die Beschaffung billiger Lebensmittel durch die Gemeinden. Noch wüßter zog ein Hamburger Herr vom Leder. „Jede Eröffnung eines neuen Konsumvereins hat den Ruin vieler selbständiger Geschäfte zur Folge. Die Konsumvereine bilden schon heute einen Staat im Staate, sie sind eine sozialistische Organisation und erstreben die Erdrückung des Mittelstandes. Dieser Unterdrückung Tausender selbständiger Existenzen mit ihren Familien, dieser rücksichtslosen Vernichtung eines vaterlandstreuen Standes sollte der Staat nicht tatenlos gegenüberstehen. Er müßte eine angemessene Besteuerung eintreten lassen. Der Kampf gegen die Konsumvereine muß organisiert und zentralisiert werden. Die Konsumvereine bilden schon heute eine politische Gefahr für uns. Sie haben sich auf das politische Gebiet vorgewagt. Der Staat darf zu dieser sozialistischen Betätigung nicht stillschweigen, der Mittelstand darf nicht zusehen, wie er ausgeschaltet wird. Wir sind doch die Steuerzahler, darum muß der Staat auch uns zu erhalten suchen. Wir waren zuerst bescheiden und haben immer nur gebeten. Aber unsere Witten sind ungehört verhallt. Darum müssen wir jetzt energisch auftreten und Forderungen stellen. Die Konsumvereine sind heute nicht mehr soziale Einrichtungen, sondern haben sich zu wirtschaftlichen Unternehmungen ausgestaltet, die mit unlauteren Mitteln den Mittelstand bekämpfen.“ In dieser Tonart floß es weiter von den Lippen des temperamentvollen Redners. Die Anmaßung und Unwissenheit, die sich hier breit machte, übersteigt doch das Maß dessen, was man aus den Kreisen der Mittelstandsretter gewohnt ist. Die Massen der Arbeiter existieren als Steuerzahler für die Leute nicht. „Wir“ sind die Steuerzahler, behaupten sie schlechtweg. Und daß die Konsumvereine in den meisten

Fällen verhältnismäßig viel mehr Steuern zahlen wie die Krämer, braucht man oder will man nicht wissen. Es ist ferner statistisch nachgewiesen, daß die Zahl der Kleinhändler in den letzten zehn Jahren in bedeutend höherem Maße gestiegen ist, als der Bevölkerungszunahme entspricht; es wurde wiederholt — nicht von den Konsumvereinen — dargetan, daß die Überfüllung des Kleinhandels ganz abnorm ist. Alles das hört den Geist dieser Leute nicht. Eine Dreistigkeit sondergleichen ist es, wenn behauptet wurde, die Konsumvereine bekämpften den Mittelstand mit unlauteren Mitteln. Die Herren würden in die allergrößte Verlegenheit kommen, müßten sie den Beweis dafür erbringen. Gerade umgekehrt ist es, wie die oben zitierten Ausführungen mit aller Deutlichkeit zeigen. Daß sich die Konsumvereine kräftig gegen ihre Feinde wehren, wird man ihnen jedoch wohl noch gnädigst gestatten. Bisher ist dieser Kampf den Konsumvereinen sehr gut bekommen. Sie werden desto stärker, je mehr die Mittelständler schimpfen.

Mit welcher Unwissenheit da geredet wird, zeigte auch ein anderer Fall. Auf einem westfälisch-lippischen Handwerkskammertag hatte ein Amtsgerichtsrat die Führung unter den Schreibern wider die Konsumvereine. Er kam mit nicht weniger als 15 Thesen angetrückt. Unter anderem fordert er, daß den Strafanstalten verboten wird, in ihren Betrieben angefertigte Waren an Konsumvereine abzugeben. Der Herr Amtsgerichtsrat hat also keine Ahnung davon, daß die Konsumvereine in Vereinbarung mit den Gewerkschaften schon vor Jahren beschloßen haben, aus Strafanstalten keine Waren zu beziehen. Daß dieser Herr nebenbei noch Vorstandsmitglied des Hauptverbandes gewerblicher Genossenschaften ist, stellt seine Konsumvereinsfeindschaft noch ins rechte Licht. Selbst in den „Blättern für Genossenschaftswesen“, deren Redakteur Dr. Crüger ist, wird die klügliche Frage gestellt: Wie der Herr sich denn zu stellen gedenke, wenn seine Leistung von der Konkurrenz der Handwerker-Genossenschaften als Forderung gegen diese übernommen würden. Gedacht wird wohl in solchen Fällen überhaupt nicht viel.

Der Kampf gegen die von Konsumvereinen und Gewerkschaften ins Leben zu rufende Versicherungsanstalt Volksfürsorge wird von den kapitalistischen Versicherungsgesellschaften mit allen möglichen Mitteln weitergeführt. Sie scheinen, noch ehe das Unternehmen ins Leben getreten ist, eine heillose Angst vor ihm zu haben. Die bürgerliche Presse genügt ihnen offenbar nicht, darum wenden sie sich in einem Flugblatt unmittelbar an die Arbeiter. Es hängt ihnen um „die sauer verdienten und ersparten Notgroschen“ der letzteren, die nun wohl vielfach in der Volksfürsorge angelegt werden. Welches Kapitalverbrechen! Auf diese Groschen hatten doch bisher die Direktoren und Aktionäre der privaten Gesellschaften ein selbstverständliches Recht. Nun sollen auch diese Groschen — so wird geheulmeiert — noch „für parteipolitische Eingriffe und zur Wahrung sozialdemokratischer Interessen“ verwendet werden. — Ein solcher Ton wird in dem Flugblatt zur Beschädigung kapitalistischer Unternehmerinteressen angeschlagen. Wir hoffen, daß die Arbeiter gerade durch dieses Flugblatt auf die Volksversicherung aufmerksam gemacht werden und nun erst recht dem neuen Unternehmen Vertrauen entgegenbringen.

Aberhaupt sind die geschilderten Vorgänge dazu angetan, alle organisierten Arbeiter und Arbeiterinnen zu veranlassen, den Konsumvereinen beizutreten und sie zu fördern. Sie wahren damit ihre Interessen und die ihrer Klasse in bester Weise. Der bürgerliche Kampf gegen die Konsumvereine muß die Arbeiterschaft auf den Standpunkt bringen: **N u n e r s t r e c h t!**

H. F.

Notizenteil.

Dienstbotenfrage.

Ein erstklassiges Hotel. Das Mitglied B. des Verbandes der Hausangestellten war als Kochknecht im Hotel „Kaiserhof“ zu Braunschweig auf ein Jahr gegen Zahlung von 150 M. Lehrgeld eingetreten. Am 21. August hatte Fräulein W. zum erstenmal in der Kaffeelücke die Köchin zu vertreten. Da ihr von ihrer Vorgesetzten nichts anderes angegeben worden war, so bereitete sie den Kaffee für das Hauspersonal zu, indem sie zu dem schon für die Hotelgäste verwandten Kaffeegewinn frische gemahlene Kaffeebohnen hinzusetzte. Während dessen kam die Hotelbesitzerin, Frau Bunte, in die Kaffeelücke, und als sie diese „Verschwendung“ gewahrte, ohrfeigte sie Fräulein W. Die Wirkung dieser Ohrfeigen bescheinigte der hinzugezogene Arzt Dr. W. in folgendem Zeugnis: „Die linke Wange ist geschwollen und stark gerötet. An der Oberlippe

sind zwei linsengroße, blutunterlaufene, verdickte Partien usw." Fräulein W. zog es vor, die „feine Hotelküche“ anderswo zu erlernen, sie verließ sofort die gestiftete Lehrstelle und verlangte das Lehrgeld zurück sowie ein Zeugnis über ihre bisherige Tätigkeit. Dieser Forderung kam die Hotelbesitzerin teilweise nach; da die Eltern der W. auf weitere Schritte verzichteten, so wurde ein Prozeßverfahren abgebrochen. Frau Wunte soll nach Angabe Fräulein Ws. schon früher mit einem anderen Mädchen ähnlich schlagfertig umgegangen sein. Außer über Ohrfeigen und Kaffe zweiter Güte hat das Hauspersonal in diesem Hotel noch über Wangen zu klagen, die es um seine sauer verdiente Nachtruhe bringen. Als Besitzerin eines „erzillaffigen“ Hotels sollte Frau Wunte ihre Schlagkraft lieber gegen die Wangen als gegen ihr Personal verwenden. Aber vielleicht fürchtet sie, ohne die Wangenplage könnten die Angestellten zu lange schlafen. Die Angestellten dieses Betriebs sollten aber nicht auf den guten Willen der Besitzerin zur Beseitigung solcher Mißstände warten, sie müssen sich im Hausangestelltenverband zusammenschließen, dann werden Ohrfeigen, Kaffee zweiter Güte und Wangen bald aus ihren Arbeitsbedingungen verschwinden. V.

Arbeitsbedingungen der Arbeiterinnen.

Gefährliche Arbeit von Frauen. Alljährlich im Frühjahr zur Triftzeit kann man in der frommen Bischofsstadt Passau Frauen bei einer Arbeit beobachten, die wegen ihrer Gefährlichkeit schon längst verboten gehört. Auf der sogenannten Stromlänge, das ist bei der Einmündung der Ilz in die Donau, sind Arbeiterinnen beim Transport von Baumstämmen beschäftigt, der „Sägeblöcher“, die 3 Meter Länge haben. Alljährlich im Frühling werden die im Innern des Bayerischen Waldes gefällten Baumstämme getriftet, das heißt auf den Bächen und Flüssen nach den Sägewerken in Passau gebracht. Trotzdem in neuerer Zeit sogenannte Waldbahnen für die Verfrachtung der Stämme gebaut worden sind, hat die Trift noch nicht an Bedeutung verloren. Auf der Ilz werden jährlich noch immer 150 000 bis 200 000 Stämme — 40 000 bis 60 000 Kubikmeter Holz — nach Passau angeschwemmt. Im Winter bringt man die Stämme an die Ufer der Gewässer, die sich infolge ihres geringen Wasserstandes und der Verkrüftung durch Gestein zu dieser Zeit zur Flößerei nicht eignen. Bei der Schneeschmelze im Frühjahr wird das Holz in die Wasserläufe geworfen, in denen es weiterrschwimmt. An der Stapelstelle bei Passau ist der Fluß abgesperrt, hier stauen sich die angeschwemmten Holzmassen in kaum zu übersehender Menge. Aus dem Wasser gezogen, türmen sich bald die Sägeblöcher zu haushohen Häufen auf, die der Gegend ihr eigentümliches Gepräge geben. Die schwere Arbeit des Aufstapelns der Stämme ist zum größten Teil — Frauenarbeit. Eine Maschine gibt einer Kette mit Greifeisen Bewegung, das in ununterbrochenem Gange die Sägeblöcher aus dem Wasser herausholt. Je vier Arbeiterinnen nehmen einen solchen Stamm in Empfang, rollen ihn weiter bis zum Stapelplatz und dann hinauf auf den Ganter. Hintereinander befördern die Arbeiterinnengruppen auf diese Weise das Holz 10 und 15 Meter hoch hinauf bis zu Haushöhe. Mit ihrer Last oben angekommen, müssen die Frauen über all die unterdessen nachgerollten Baumstämme zurücksteigen. Schube können sie dabei nicht tragen, da die Räume entrindet und glatt, infolge ihrer Rasse aber überdies schlüpfrig sind. Die Arbeiterinnen müssen daher ihr Geschäft in bloßen Füßen verrichten. Und für diese schwere und gefährliche Arbeit, die 10 bis 11 Stunden täglich getan werden muß, gibt es einen Verdienst meist noch unter 1,50 Mk., selten über diesen Betrag hinaus. Für Schutz des Leibes und des Lebens ist bei der gefährlichen Arbeit keine Vorkehrung getroffen. Wehe, wenn oben einer Arbeiterin die Kräfte versagen, mit Donnergeräusch stürzen die Sägeblöcher herunter, die nachgerollten Stämme mit den Arbeiterinnen in die Tiefe reisend. Der Kapitalismus kennt keine Rücksicht auf das Menschentum, das Weibtum der Ausgebeuleten, ein Arbeiterleben wiegt für sein Profitkonto nicht einen Strohhalm, und Arbeiterinnen sind in der Passauer Gegend noch billigste Ausbeutungsobjekte. In den katholischen Arbeitervereinen sorgen die Herren Kapläne schon dafür, daß die ausgewucherten Proletarier der modernen Arbeiterbewegung ferngehalten werden. Sie sollen ihr Elend und das ihrer Frauen und Kinder nicht begreifen, sollen nicht verstehen lernen, daß es nicht ewiger Gotteswille ist, sondern wandelbares Menschenwerk. „Selig die Armen im Geiste.“ Es ist ein großes Verdienst des Holzarbeiterverbandes, daß er sich der so hart ausgebeuleten Frauen annimmt. Er hat ihre Lage vor die Öffentlichkeit gebracht und fordert, daß der Staat zum Schutze der Arbeiterinnen einschreitet. Die bayerische Zen-

trumsregierung wird wohl schwerlich auf diese selbstverständliche Forderung reagieren. Wurde in Bayern doch erst vor drei Jahren das Tragen von Steinen und Mörtel auf Bauten durch Arbeiterinnen verboten. Das Rollen und Aufstapeln der Sägeblöcher ist nicht minder aufreibend und noch gefährlicher. Es gehört unstrittig zu den Verrichtungen, die den weiblichen Organismus besonders schädigen. Es müßte also gesetzlich verboten werden. Feuzutage werden sogar nicht selten schwangere Frauen bei der ungeeigneten, gefährlichen Arbeit beobachtet. Wieviel dauernder Schaden für Mutter und Kind ist darauf zurückzuführen. Die Zentrumsherren im Landtag und in der Regierung Bayerns preisen die „jungfräuliche Gottesmutter“ mit dem Kind, sie stiften ihrem Vilde Skerzen und kostbaren Schmutz. Für Hunderte irdischer Mütter haben sie nicht die Rücksicht, die der verständige Bauer seiner trächtigen Kuh widerfahren läßt. Der Profit des ausbeutenden Reichthums vor allem. Wie steht doch geschrieben? An ihren Früchten sollt ihr sie erkennen!

a. r.

Sozialistische Frauenbewegung im Ausland.

Folgenden Gruß der italienischen Sozialistinnen an die aus dem Kriege heimkehrenden Soldaten veröffentlicht die tapfere „Disosa delle Lavoratrici“: „Wären wir an den Bahnhöfen, wenn von den blutigen Schlachtfeldern der afrikanischen Küste unsere überlebenden Brüder der Arbeit, des Kampfes, des Strebens zurückkehren, so würden auch wir ihnen unseren Gruß entbieten und Worte unseres Glaubens an sie richten. Wir würden ihnen also sagen: Seid gegrüßt im Namen des Sozialismus, der diesen Krieg nicht gewollt hat und der alle Kriege verabscheut. Niemand hat wie wir das Recht und die Pflicht, euch zu grüßen, die ihr von einer Stätte zurückkehrt, wohin euch die nackte Gewalt mit Hilfe der eisernen Strenge eines Gesetzes geschleppt hat, das ohne euch gemacht worden ist. Wenn andere als Sozialisten euch jetzt die Hände schütteln, euch grüßen und die Luft mit ohrenbetäubendem Hochrufen erfüllen, so wißt, daß sie nichts anderes als Heuchler sein können. Ihr jungen Proletarier, die ihr heute noch Fremdlinge im Vaterlande seid, die ihr stets verachtet werdet, wenn ihr an der Seite eurer Väter, Mütter und Brüder auf dem Schlachtfeld der Arbeit kämpft, um ein wenig mehr Brot, Frieden und Gerechtigkeit zu erobern: ihr werdet nun und nimmer das verräterische Tun jener Pfaffen und Bourgeois vergessen, die sich gestern gegen euch und eure Angehörigen verbündet hatten und die heute euch in den Himmel erheben möchten. In euch muß die Erinnerung des Schmerzes lebendig sein, der euch durchwühlte, als die Einberufungsorder kam, als ihr wußtet, daß ihr zu einem Kriege gezwungen werden solltet, gegen den wir Sozialisten wuchtigen Protest erschallen ließen. Ihr lebet in eurem Heim, die Freuden und Leiden der Euringen teilend. Ihr begehret nichts als Gelegenheit, eure Arme und eure Intelligenz in ehrlicher Arbeit für den Preis eines bescheidenen Brotes zu gebrauchen. Die Arbeit, die stetige fruchtbare Arbeit für das Wohl aller war der Traum eurer Tage. Die Goldgier der Bourgeoisie, der Nordpatriotismus sabelrasender Maulhelden, der Profit der Banca di Roma der Pfaffen: sie haben euch aus dem einfachen, arbeitsreichen und ruhigen Leben der Felder, Werkstätten und des Heims gerissen; sie zogen euch den ehrenvollen Mittel des Arbeiters und Handwerkers aus und steckten euch in den bunten Soldatentod; sie schlugen euch alle edlen Werkzeuge der Arbeit und des Lebens aus der Hand und zwangen euch Waffen auf, Werkzeuge des Schreckens und des Todes. Ihr zoget fort, und eure Schmerzenstränen vermischten sich mit den Schmerzensstränen eurer Lieben. In der Ferne, auf dem glühenden, mörderischen Wüstensand habt ihr eure Pflicht getan. Das erkären alle, und wir glauben es. Wir glauben es, denn wir wissen, daß ihr tapfere und eheliche Arbeiter seid; nachdem euch die nackte Gewalt inmitten des Kugelregens gestochen hatte, mühtet ihr auch tapfere Soldaten sein. Nun erfüllt Zufriedenheit und Freude eure Brust. Inmitten von tausend Gefahren hat euch der Tod verschont und ihr kehrt in euer Heim zurück, um euren Bräuten und Frauen, euren Kindern und Eltern Trost und Freude zu bringen. Was aber von den Tausenden sagen, die nicht wiederkehren, die nie mehr zurückkehren werden? In ihren Hütten wird die Not und in den Herzen der Zurückgebliebenen der Schmerz ewiger Gast sein. Euch, die ihr die Heimat grüßt, euch fällt zusammen mit uns eine große Pflicht zu, zusammen mit uns, denn bald werden wir auf den Feldern und in den Werkstätten wieder beieinander sein. Die Pflicht, daß wir alle unsere Kampfposten in Reich und Glied der sozialistischen Bewegung einnehmen, um die Schönheit und Kraft der proletarischen Solidarität zu erweisen und in naher Zukunft die gewaltige und menschenwürdige

Schlacht siegreich zu schlagen, durch die das Volk der Arbeit Brot und Recht erobert. Im Bewußtsein dieses solidarischen Empfindens werdet ihr freudig unseren Gruß entgegennehmen, der aufrichtiger und selbstloser ist als die tönenden Phrasen, mit denen auch heuchlerische und profitgierige Pfaffen im Bunde mit den säbelkrasselnden Maulhelden des idiotischen Nordpatriotismus grüßen."

I. K. Die dritte Konferenz der Sozialdemokratinnen Deutschböhmens hat am 25. August in der Kurstadt Teplitz getagt. 65 Genossinnen waren aus 60 Orten gekommen und vertraten eine Mitgliederzahl von 6293. Deutschböhmen ist das Stammland der österreichischen Sozialdemokratie, der Sitz der ausgedehntesten Industrie Österreichs. Die Genossinnen haben in den vier Jahren, seitdem ihre Landesorganisation besteht, schöne Erfolge erzielt, es ließe sich aber noch weit mehr erreichen, wenn reichlichere Geldmittel vorhanden wären. Manche notwendige Agitationstour muß unterbleiben, weil es am Gelde fehlt. Das Frauenlandeskomitee hat in den letzten zwei Jahren 2000 Kronen für Agitationszwecke ausgegeben, wozu noch die Summen kommen, die die Kreise, Bezirke und das Frauenreichskomitee beisteuerten. Um dem Landeskomitee mehr Mittel zur Verfügung zu stellen, wurde beschlossen, daß die Organisationen den Beitrag von 2 auf 4 Heller erhöhen, so daß sich die Einnahmen verdoppeln werden. Auch die Entrichtung einer Wahlfondssteuer von 2 Heller an die Reichszentralkasse der Partei wurde zum Beschluß erhoben. Ein Flugblatt wird die Genossinnen über die Bedeutung des Wahlfonds aufklären. Vom 1. Januar 1913 an sollen alle Frauenorganisationen Deutschböhmens einen Mindestbeitrag von 40 Heller per Monat erheben. Gewerkschaftlich organisierte Genossinnen, die von der Gewerkschaft die „Arbeiterinnenzeitung“ beziehen, 26 Heller. Ein Handbuch, das alles Notwendige enthalten soll, was die Funktionärinnen wissen müssen, wird vom Frauenlandeskomitee herausgegeben. Überall, wo in einem Bezirk mehrere Frauenorganisationen bestehen, soll eine Bezirksorganisation gebildet werden. Die Bezirke nehmen dann die Delegation zur Frauenlandeskonzferenz vor und entsenden für die ersten 300 Mitglieder 2 Delegierte, für jedes weitere Hundert eine Delegierte.

Genossin Popp hielt dann ein Referat über die Aufgaben der Frauen im politischen Leben. Sie kam auch auf die Wahl einer Frau in den böhmischen Landtag zu sprechen und sagte, daß der Zufallserfolg dieser Wahl einem sonst veralteten Wahlrecht aus einer Zeit zuzuschreiben sei, wo man mit der Frau im politischen Leben noch nicht rechnete, noch deshalb vergaß, sie ausdrücklich von der Wählbarkeit auszuschließen. Aber was ein Zufall war, dürfe nicht Zufallsfrage bleiben. Der Ausbau der sozialdemokratischen Frauenorganisation kann Wahlrecht und Wählbarkeit der Frauen zu einem Recht für alle machen. Den begründetsten Anspruch auf volles Bürgerrecht haben die arbeitenden Frauen und Mütter. Und wenn die ungarische Regierung einem Teil begüterter Frauen das Wahlrecht geben wolle, um beim nächsten Kongreß des Weltbundes für Frauenstimmrecht in Budapest mit fortschrittlichen Einrichtungen prunken zu können, so müßten die proletarischen Frauen durch ihren Kampf jeder Regierung beweisen, daß sie reif für das Frauenstimmrecht sind. Genossin Popp sprach zum Schluß auch über die internationale sozialistische Frauenkonferenz, die nächsten Jahr in Wien stattfinden wird, und forderte die Genossinnen auf, dafür zu sorgen, daß die Sozialdemokratinnen, die aus der ganzen Welt nach Wien eilen werden, von einer starken sozialistischen Frauenorganisation begrüßt werden können.

Dann sprach eine junge begabte Genossin, Elsa Kneschke-Reichenberg, über organisatorische Kleinarbeit. In das Landeskomitee wurden gewählt die Genossinnen: Kneschke-Reichenberg, Aster-Teplitz, Altman-Wensen, Neumann-Auffig, Alcher-Gablonz, Ruppert-Mitroslau. Mit einem begeisterten Hoch auf die internationale revolutionäre Sozialdemokratie wurde die Konferenz geschlossen. a. p.

Frauenstimmrecht.

I. K. Ein Damenwahlrecht für Ungarn. Bekanntlich wird der nächste Kongreß des „Weltbundes für Frauenstimmrecht“ in Budapest tagen. Entscheidend für die Wahl dieser Stadt war, daß die Vertreterin der ungarischen Frauenrechtlerinnen auf dem letzten bürgerlichen Stimmrechtskongreß in Aussicht stellte, in Ungarn werde bis zur nächsten Tagung das Frauenstimmrecht eingeführt sein. Fast scheint es, als habe Fräulein Kossika Schwimmer nicht zu viel gesprochen. Seit Wochen gehen No-

tizen durch die Presse, die ungarische Regierung habe allen Ernstes die Absicht, einzelnen Kategorien von Frauen das Wahlrecht zu verleihen, damit die jetzt politisch bevorrechteten Schichten für die kleine Einbuße an Macht reichlich entschädigt werden, die ihnen die Wahlrechtsreform bringen würde. Daraufhin hat der „Feministenbund“ (Bund zur Vertretung der Fraueninteressen) eine Deputation an den Ministerpräsidenten Herrn v. Lucacs geschickt, die diesem die Wünsche der Frauenrechtlerinnen vortrug. Diese fordern „das aktive und passive Wahlrecht für jene 30 Jahre alten Frauen, die 1. ein Diplom besitzen als Kindergärtnerinnen, Lehrerinnen, Apothekerinnen, Baumeisterinnen, Ärztinnen usw., 2. Leiterinnen von sozialen Frauenvereinen sind, 3. die wirtschaftlich selbständig sind oder als Beamtinnen in öffentlichem oder privatem Dienst stehen, wenn sie sechs Klassen der Volksschule und drei Klassen der Fortbildungsschule oder vier Klassen der Volksschule und fünf Klassen der Mittelschule absolviert haben, 4. jede Mutter, die sieben Volksschulklassen absolviert hat“.

Der Ministerpräsident soll geneigt sein, den drei ersten Kategorien von Frauen das Wahlrecht zu geben, jedoch ein öffentliches Wahlrecht, das obendrein für die gewerblich tätigen Frauen an einen Vermögenszensus geknüpft wäre. So oder so handelt es sich um eine Karikatur des Frauenwahlrechts, um ein engrüstiges Damenwahlrecht. Frauenrechtlerinnen, die für die mitgeteilte Form eines solchen petitioniert haben, werden sich auch mit der noch schlechteren Fassung zufrieden geben. a. p.

Eine bürgerliche politische Partei in den Vereinigten Staaten als Vorkämpferin für das Frauenwahlrecht gehört zu den Erscheinungen, die der Kampf um die Präsidenschaft gebracht hat. Die Nebenbuhlerschaft zwischen Taft, dem jetzigen Präsidenten, und Roosevelt, seinem Vorgänger im Amt, hat in der Republikanischen Partei zu einer Abspaltung geführt. Die Anhänger Roosevelts haben sich in der Fortschrittspartei zusammengeschlossen, die darauf spekuliert, Wählermassen der Demokratischen Partei und auch Arbeiterstimmen für sich einzufangen. Das Mittel dazu ist das Versprechen politischer, wirtschaftlicher, sozialer Reformen, darunter eine gesetzliche Kontrolle der Trunks, Preisregelung für dringende Lebensbedürfnisse, Ausdehnung des gesetzlichen Arbeiterschutzes, Unfall- und Altersversicherung für Arbeiter usw. Auch der Kampf für das Frauenwahlrecht gehört zu den verheißenen guten Dingen und vielleicht sogar zu den wenigen davon, mit denen es der Partei und ihren Führern ernst ist und auch sein muß. Die Bewegung für die politische Gleichberechtigung des weiblichen Geschlechts gewinnt immer größere Bedeutung, und die frauenrechtlerischen Organisationen wie ihre Führerinnen verfügen in manchen Staaten über ansehnlichen sozialen Einfluß und reiche materielle Mittel. Roosevelt selbst, der für die Fortschrittspartei denkt und lenkt, steht seit langem in dem Rufe, ein zuverlässiger Verfechter des Frauenwahlrechts zu sein. Auf dem Kongreß der Republikanischen Partei zu Chicago, nach dem es zur Spaltung kam, traten die meisten der wenigen weiblichen Delegierten als fanatische Vorkämpferinnen für die Kandidatur Roosevelts auf. Auf dem Nationalkongreß der Fortschrittler in Chicago sollte die Forderung des Frauenwahlrechts in aller Form in das Parteiprogramm aufgenommen werden. Die Parteisektionen von Vermont, Massachusetts, New Jersey und anderen Einzelstaaten der Union haben sie bereits in ihr Programm eingefügt. Die bürgerlichen Frauenrechtlerinnen begrüßen den Fortschritt mit einem trockenen und einem nassen Auge. Sie sind nämlich in ziemlicher Verlegenheit, wie sie angesichts dieser Entwicklung das heilige Dogma von der unbefleckten politischen Neutralität der Frauenbewegung aufrecht halten sollen. Daß dieses Brachtstück aus der politischen Kinderstube auch in den Vereinigten Staaten früher oder später in die Brüche gehen muß, darüber scheinen sich die Damen immer noch zu täuschen.

Ein reformiertes Schulwahlrecht für die Frauen in Kentucky (Vereinigte Staaten von Nordamerika) tritt in diesem Sommer in Kraft. Ein sehr beschränktes Frauenwahlrecht war in diesem Staate der Union schon 1838 eingeführt worden. Es stand nur Witwen zu, die schulpflichtige Kinder hatten, und wurde im Laufe der Zeit abgeschafft. Im letzten Jahre ist nun ein erheblich erweitertes Wahlrecht der Frauen in Schulangelegenheiten geschaffen worden. Stimmberechtigt sind alle 21jährigen weiblichen Personen, die des Schreibens und Lesens kundig und Bürgerinnen der Vereinigten Staaten sind, sowie mindestens seit einem Jahre im Staate, seit 6 Monaten in der Grafschaft und seit 6 Tagen im Wahlbezirk wohnen. Die Frauen, die diese Bedingungen erfüllen, können an der Wahl aller Schulangestellten und Schulpflichtigen

teilnehmen, wie an jeder Volksabstimmung über Schulangelegenheiten. Das neue Gesetz verleiht den Frauen das Recht, in alle Ämter gewählt zu werden, die mit dem Schulwesen in Verbindung stehen, es sei denn, daß die Verfassung diese dem männlichen Geschlecht vorbehalten hat. Wie man aus den angeführten Bestimmungen ersieht, ist weder das passive noch das aktive Wahlrecht der Frauen in Schulsachen ein wirklich demokratisches. Insbesondere ist das Stimmrecht — so weitgehend es erscheint, zumal im Vergleich zu dem früheren — durch die Klauseln über staatliche Zugehörigkeit, Wohnort und Elementarbildung nach unten zu und gegen Einwandernde sehr beschränkt. Nicht alle geschaffenen Wählerinnen des Staates Kentucky gehen am gleichen Tage zur Urne. Die Gemeinden sind nämlich nach ihrer Größe usw. in vier Klassen geteilt, von denen zunächst nur die erste im August neue Schulkomitee wählt. Sie umfaßt die Kommunen in den ländlichen Unterbezirken, und in vielen davon steht gleichzeitig die Frage zur Entscheidung durch Abstimmung, ob eine bestimmte lokale Schulsteuer erhoben werden soll. In der zweiten Klasse der Gemeinden — die der kleineren Städte — werden die Frauen in diesem November zum erstenmal unter dem neuen Gesetz wählen, in der dritten und vierten Klasse erst im November 1913.

Die Frau in öffentlichen Ämtern.

Eine Frau als Verteidigerin eines Soldaten vor Gericht. Ihren ersten Prozeß hat Teresa Labriola geführt, die Tochter unseres verstorbenen Parteigenossen Professors Antonio Labriola, die nach beendeten juristischen Studien zur Praxis als Rechtsanwältin zugelassen ist. Der Oberstaatsanwalt hatte freilich Einspruch erhoben gegen ihr Recht, vor den römischen Gerichten als Rechtsanwältin aufzutreten. Bemerkenswert ist, daß Teresa Labriola ihre erste Verteidigungsrede vor einem Militärgericht zu halten hatte. Sie verteidigte einen Soldaten, der unter der Anklage stand, einen Sergeanten geschlagen zu haben. Das niedrigste Strafmaß für Vergehen dieser Art beträgt vier Jahre Gefängnis. Die Verteidigerin des Angeklagten machte zusammen mit dessen anderem Rechtsbeistand geltend, der Soldat habe sich im Augenblick der Tat in großer Erregung befunden und sei deshalb dafür nicht voll verantwortlich zu machen. Sie begründete diesen Standpunkt so überzeugend, daß der Gerichtshof die Erregung als strafmildernden Umstand gelten ließ und nur auf acht Monate Gefängnis erkannte, wovon die Hälfte als durch die Untersuchungshaft abgebußt gelten soll. Dieser Erfolg hat das Ansehen der Genossin Labriola als Juristin beträchtlich erhöht.

Die Gleichstellung der Lehrerinnen und Lehrer in Rußland ist zu verzeichnen. Ein kürzlich geschaffenes Gesetz setzt fest, daß beide für gleiche Berufstätigkeit gleiches Gehalt beziehen, ferner daß bei gleicher Hochschulbildung auch den Frauen der Weg zu den Lehrämtern der Universitäten usw. offen steht. Auch zu allen akademischen Ehrenämtern sind sie zugelassen, diejenigen an Universitäten inbegriffen.

Verschiedenes.

Kaiserparade und Blumentagsrummel. Nein, so etwas hat kein Rabbi den Akiba je geahnt! Das ganze reiche Berlin stand auf dem Kopf! Jawohl, auf dem Kopf! Von allen stolzen Häusern und Palästen wehten in allen Farben, oft zehn Meter lang. Und es wimmelte von Menschen. In der Hauptsache von Militärs und Schulleuten und Fremden. Unter den Linden lang, in der Friedrichstraße und erst recht die Bellealliance hinunter zum Tempelhofer Feld! Hurra, dort fand die Kaiserparade statt, die Herbstparade, die Sedanfeier! Alle Fürsten und auch die Fürstinnen in Uniform! Die Frauenbewegung marschiert!

Und alles ganz neu, ganz anders aufgezo-gen als sonst. Bei der letzten Frühjahrsparade habe ich mich noch über Kesselpaulenschläger und Schellenträger aufgeregt, fremde Fürstlichkeiten beglöhrt und mir den Schädel darüber zerbrochen, wie wohl alle die Berliner „Kaisäfer“ ihre weißen Hosen gewaschen bekämen, und daß dabei sicher Waschfrauen mitgeholfen haben müßten. Lappalien sind das gegen das Neue, Außergewöhnliche der Herbstparade. Mit einem wirkungsvollen Feldgottesdienst unter freiem Himmel — ein weiter Tempelhof das ganze Tempelhofer Feld! —, so setzte die große Staatsaktion schon Sonntag ein. Evangelische und katholische Prediger warteten ihres Amtes. Einer von ihnen predigte, man solle die eigenen politischen Meinungen und Wünsche drängen und sich der staatsmännischen Weisheit beugen. Solche Opfer müßten gebracht werden, statt immer zu mäkeln und zu murren. Alle Verheißungen hätten freilich

seit Sedan nicht Erfüllung gefunden, und neben Vorbeeren wären Dornen aufgesproßt. Der Mann paßt in unsere Welt. Ob auch Rabbiner geredet haben, konnte ich nicht in Erfahrung bringen.

Nun lassen Sie mich aber gleich zur größten Sensation kommen. Die wurde nämlich am Parabetag selbst durch die preussisch-deutsche Luftflottille gebildet: zwölf Militärlieger, sechs Eindecker und sechs Doppeldecker, dazu noch die beiden Luftschiffe, die während der Truppenschau über dem Felde schwebten. Die Propeller surrten, daß minutenlang die Fanfaren der Reiter, die Pauken und Trompeten, das ganze klingende Spiel der Fußsoldaten nicht mehr zu hören waren, und daß alle Leute Kopf hoch, Bauch herein gen Himmel stierten. So ähnlich muß es wohl nach der Schlacht auf der katalonischen Ebene ausgefallen haben, wo die Geister der Erschlagenen noch drei Tage nach dem Kampfe in der Luft herumgetobt haben sollen. Bomben und Granaten kamen Montag glücklicherweise noch nicht aus der Höhe von den Kroplanen, sonst wäre ich ganz bestimmt ausgerückt, denn ein „weibliches Dienstjahr“ exziiert ja noch nicht.

Das weitere große Ereignis war der mit der Parade vereinte Kornblumenrummel. Weißgekleidete Mädchen und Frauen flan-kierten nach der Parade alle Haupt- und Nebenstraßen, bestrachtet mit Bündeln der künstlichen blauen Blumen und mit Medaillen, die die Luftschiffflotte fördern sollen. Vor allen Dingen aber waren die jungen „Pfadfinder“ zur Stelle, die auch an der Parade teilgenommen hatten. Alle diese jungen Wurschen in ihrer graubraunen Tracht, den rechts hochaufgeschlagenen grauen Filzhut mit der roten Kofarde lähn aufgestülpt, trugen die Sammelbüchse nebst dem dazu gehörigen Arimskrans, bettelten jeden Vorübergehenden an und sprangen auf die Omnibusse und in die „Elektrischen“, wie sonst die Zeitungsbuben tun müssen. Eine weiße Binde mit der Aufschrift „Kornblumentag für die Reichsflugspende“ prangte an aller Arm, und Hunderte von Kindern und Großen streckten bittend und bittend jedem die Hände entgegen und suchten die Restaurants ab, Tisch für Tisch. Es wurde gebettelt, haustiert, geschmeichelt, gehandelt, als ob von den anzuschaffenden Luftmord-instrumenten das ewige Heil der Menschheit abhinge. Mich aber packte ein solcher Ingrimim und Ekel vor diesem ganzen Getriebe, daß ich mich schleunigst aus dem eleganteren Teil der Reichshauptstadt verzog, um nicht gar noch mit den Berliner „Lazzaronis“ ins Handgemenge zu geraten.

Vor meinem Geist stieg ein Erlebnis auf, das ich vor wenigen Wochen hoch im Norden, in Berlin N., weit hinter der Weiden-dammer Brücke gehabt hatte. Zur Dämmerzeit in einer alten, schmalen Straße, wo keine zehn Meter lange Flaggen von Prunkfassaden und stolzen Palästen wehen, wo das Elend auf Ecken schleicht und auf Pantinen klappert, wo die Prostitution dritten und vierten Grades blüht, wo in düsteren Vouillonkellern qualmige Lampen von der Decke hängen und fluchende Trunkenbolde all-abendlich über die Trottoire schwanen. Ein dichter Menschen-schwarm umstand ein Kind und einen Schuhmann, der das Kind abgefaßt hatte, ein kleines, mageres Mädchen von vielleicht sieben, wenn's aber hoch kommt acht Jahren. Es ging in Lumpen und war sehr schmutzig, das edige Gesichtchen und die spindeldürren Hände schienen ungewaschen und das blonde strähnige Haar war gewiß seit Wochen nicht gekämmt. Das einzig Hübsche an dem vor Aufregung zitternden Geschöpf waren ein Paar tiefblaue, wutfun-kele Augen, ein Paar Augen so voller Haß und voller Zorn, daß sie sogar dem Schuhmann zu imponierten schienen. Er trieb die Menge energisch zurück, die hier jeden Augenblick ähnliches sieht, und nahm das Kind dann mit sich auf die Polizeiwache. Ich wartete draußen, bis das Verhör zu Ende war, bis man Name, Familie, Wohnung, Bezirk, Schule und alles notiert hatte, was in einem solchen Fall in einem ehrsamem Staatswesen notiert werden muß. Als die Kleine herauskam, frug ich sie ab. Erst wollte sie mir nicht Rede stehen. Aber ich ließ nicht locker. Ich suchte die weichsten Schmeichellaute, um die Herzensrinde des kleinen Mädchens mit den hochfunkelnden Augen zu schmelzen, und ich gewann. Lißys Verbreden? Sie hatte gebettelt, weil „Vadder keen Arbeit un Mudder krank, un weil se alle tosammen nix to eeten hadden“. Ich suchte in meiner Tasche nach einem Fünzigpfennigstück, aber ehe ich's noch gefunden, hatte Lissy plötzlich die kleine schmutzig-magere Rechte zur Faust geballt, schüttelte sie grimmig gegen die hellerleuchteten Scheiben der Polizeiwache und war meinen Widen im Dunkeln entschwunden. Gestern abend habe ich die Faust ge-ballt und sie nach dem Lichtschein der Riesenstadt geschüttelt, in der nur reiche Kinder ungestraft betteln dürfen.

R. R.

Verantwortlich für die Redaktion: Frau Clara Jettin (Zindel), Wilhelmshöhe, Vohr Lagerloch bei Stuttgart.
 Druck und Verlag von J. G. W. Metz Nachf. G. m. b. H. in Stuttgart.